

# mo

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 54



**CARITAS**  
**WAS WÄRE ÖSTERREICH OHNE  
FREIWILLIGE HILFE?**

**MANFRED NOWAK**  
**ÜBER HERBERT KICKLS PLÄNE**



**EUROPA WÄHLT:**  
**WIE SOZIAL**  
**IST DIE EU?**



Wien, 20.3.-2.4.

**AK**  
WAHL

2019

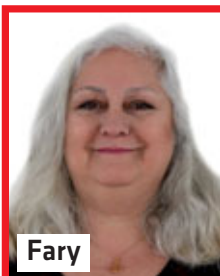


Bunte Demokratie für Alle - Liste 11 ~~X~~



**Gemeinsam für unsere Rechte!**

- **Wahlrecht für Alle, die hier leben**
- **Recht auf Doppelstaatsbürgerschaft**
- **Leistbares Wohnen**
- **Arbeitszeit verkürzen, fair bezahlen**
- **Mindestsicherung über Armutsgrenze**





Höhenflug der EU dank Brexit. Stärkt das die demokratischen Kräfte bei den kommenden Wahlen?

## Liebe Leserin Lieber Leser

Ende Mai wird das Europäische Parlament gewählt. Immer noch auf nationalen Listen, der Einigungsprozess stockt, insbesondere unter dem Einfluss rechtspopulistischer Kräfte. Zugleich hat die EU laut Eurobarometer in ihren Mitgliedsländern deutlich an Vertrauen dazugewonnen. „Schuld“ ist der Brexit, in Großbritannien herrscht politisches Chaos. 2016 gratulierte die Freiheitliche Partei noch „zur wiedererlangten Souveränität und Freiheit“. Damals konnte sich HC Strache auch einen „Axit“ vorstellen, er forderte „eine Rückgabe der Kompetenzen von Brüssel hin zu den nationalen Parlamenten“. Die Stärke der EU liegt freilich in der Gemeinsamkeit dieses Projekts. Was für Gesellschaften gilt, gilt auch für die Union: je weniger Ungleichheit, desto höher der soziale Frieden und die Stabilität. In einem ExpertInnengespräch zwischen Bernhard Felderer und Margit Schratzenstaller wollten wir wissen, welche sozialen Kompetenzen die EU überhaupt hat. Und wir versuchen ganz unpolemisch darzustellen, wie die Prozesse der Macht in der Union ablaufen. Der Moloch Brüssel entpuppt sich bei einem näheren Blick als effiziente Struktur. In Brüssel arbeiten rund 50.000 Beamte und Beamtinnen, das ist weniger als in der Stadt Wien. Dennoch braucht die EU dringend eine Aufwertung des Parlaments und eine Demokratisierung der Kommission. Einen interessanten Fachkommentar hat übrigens auch der international renommierte Menschenrechtsexperte Manfred Nowak zur Infragestellung der Menschenrechtskonvention geschrieben. Nowak kann auch die Argumentation des Innenministers zum Mord in Dornbirn an einem Asylbeamten nicht nachvollziehen.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgesell

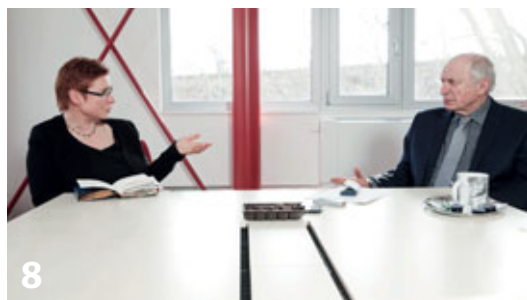


Foto: Karin Wasner



Foto: Steiermärkische Sparkasse



Illustration: P.M. Hoffmann

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 7 HANDLUNGSBEDARF

Der Bundesregierung scheint die Bundesverfassung lästig zu sein. Eine problematische Entwicklung.  
*Kommentar: Alexander Pollak*

## Dossier: Die EU wählt

### 8 WIE SOZIAL IST DIE EUROPÄISCHE UNION?

Eine ExpertInnenrunde mit der stv. Leiterin des WIFO Margit Schratzenstaller und dem langjährigen IHS-Leiter Bernhard Felderer.  
*Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak*

### 12 WER HAT DIE MACHT IN BRÜSSEL?

Ist die EU mehr als ihre Mitgliedstaaten? Ein Blick nach Brüssel, wie es wirklich funktioniert.  
*Text: Philipp Saure*

### 16 AM VIKTOR ADLER MARKT

Wie hoch ist die EU in Favoriten vor den Wahlen im Kurs? Ein Lokalausgleich.  
*Reportage: Zoran Sergievski*

## Welt

### 18 BILLIGE STIMMUNGSMACHE

FPÖ-Politiker diffamieren die katholische Hilfsorganisation Caritas als „Asylindustrie“. Die ÖVP schaut weitgehend zu. Was wäre Österreich ohne Non-Profit-Organisationen?  
*Text: Eva Maria Bachinger*

### 21 EIN „KREUZZUG GEGEN ABTREIBUNG“?

In jüngster Zeit machen Pro-Life-Organisationen gegen die Fristenlösung mobil. Ist ein lange erkämpftes Recht in Gefahr?  
*Text: Clara Akinyosoye*

### 23 IMPRESSUM

### 24 MINDESTSICHERUNG NEU - FAIR UND GERECHT?

Die umstrittene Novelle bringt teils drastische Kürzungen für die Betroffenen. Fünf exemplarische Beispiele belegen das.  
*Zusammengestellt von Magdalena Stern*

### 27 BIS ZUM WOHNUNGSVERLUST

Mit der „Mindestsicherung Neu“ wird das letzte Auffangnetz beseitigt. Statt Armut werden Arme bekämpft.  
*Kommentar: Sandra Keinberger, Lucia Pallas*

### 29 NICHT ALLE KOMMEN FREIWILLIG

Ein Gespräch mit dem Therapeuten Christian Scambor vom Verein für Männer- und Geschlechterthemen in Graz.  
*Interview: Nadia Baha*

### 32 AUFSTAND IM LÄNDLE

In Vorarlberg haben sich über parteipolitische Grenzen hinweg zahlreiche Initiativen für eine menschliche Asylpolitik formiert. Ein Stimmungsbild. *Text: Bernadette Schönangerer*

## Rubriken

### 36 KOLUMNEN

*Martin Schenk:* Der Blickwechseltest  
*Philipp Sonderegger:* Sind die Menschenrechte noch zeitgemäß?  
*Clara Akinyosoye:* Die Mär von der Flüchtlingspropaganda

### 38 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Alle paar Wochen ein neues entlarvendes Buch: das Geschäft mit dem Islam.  
*Kolumne: Nour El-Houda Khelifi*

### 39 SPOTLIGHT

Sigrid Spenger unterstützt mit ihrer Initiative „Quadam be Quadam – Ankommen in Wien“ geflüchtete Menschen dabei, sich ein neues Leben aufzubauen.  
*Text: Evelyn Steinhäler*

### 40 DENKGEBOT STATT DENKVERBOT

Ist die Einschätzung von Innenminister Herbert Kickl über die Umstände des Mordes an einem Asylbeamten in Dornbirn korrekt?  
*Ein Kommentar des Menschenrechtsexperten Manfred Nowak*

### 45 SOS MITMENSCH

Antimuslimischer Rassismus in der Politik

### 46 ANDERE ÜBER ...

Die „Willkommensklatsher“-Sager - Eine Replik auf die Verächtlichmacher jener Menschen, die 2015 humanitär geholfen haben.  
*Kommentar: Manuela Ertl, Train of Hope*





Melden Wissen  
Beratung Training

ZIVILCOURAGE &  
ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

Willkommen bei



In den ZARA Beratungsstellen erhalten jährlich über 2.000 Betroffene und Zeug\*innen von Rassismus und Hass und Hetze im Netz rechtliche Unterstützung. Die Beratung ist kostenlos, das Beratungsteam besteht aus juristisch und sozial geschulten Berater\*innen.

Finde uns auf  



  
 zara.or.at

**EIN HAUS  
IN DER NÄHE  
EINER  
AIRBASE**

VON AKIN EMANUEL ŞIPAL



„IHR IMAGINIERT EUREN  
TRAUM VON HEIMAT IN EINEN  
TRÜMMERHAUFEN.“

THEATER DRACHENGASSE, 4. – 30. MÄRZ 2019, DI-SA UM 20 UHR, MEHR AUF DRACHENGASSE.AT

**Herr KICKL,  
Hände weg  
von unserer  
Verfassung!**



**SOS  
MITMENSCH**

www.sosmitmensch.at

**VIelfalt  
IM ZENTRUM**

Die Integrationswerkstatt versteht sich als Kultur- und Bildungsstätte, die ein friedliches Miteinander unterstützt.

Unser Angebot umfasst Weiterbildungen und Workshops unter anderem zu den Themen:

- ▶ Chancengleichheit/Antidiskriminierung
- ▶ Diversity Management/Gender Mainstreaming
- ▶ Medienkompetenz/Digital Diversity
- ▶ Interkulturelle Kompetenz/Konfliktmanagement

 **INTEGRATIONS  
WERKSTATT** [www.integrationswerkstatt.at](http://www.integrationswerkstatt.at)  
[office@integrationswerkstatt.at](mailto:office@integrationswerkstatt.at)  
 +43 677 619 880 20

# Das Wichtigste stets auf dem Schirm.

[derStandard.at/Abo](http://derStandard.at/Abo)

**JETZT  
GRATIS  
TESTEN!**



**E-PAPER**

Das ganze STANDARD-Lesevergnügen 1:1 in digitaler Form: täglich aktuell als E-Paper-App für iPhone, iPad, Android und Desktop.

Der Haltung gewidmet.

**DERSTANDARD**

## HANDLUNGSBEDARF

# Lästige Verfassung

Die Bundesverfassung ist dazu da, um die Politik und unsere Gesellschaft zu leiten und, wenn notwendig, auch zu behindern.

Kommentar: Alexander Pollak

Die Bundesregierung will ein Gesetz erlassen, das die massive Schlechterbehandlung von Asylberechtigten bei Sozialleistungen vorsieht. Der Innenminister will die gesetzliche Abschaffung des Rechts auf Asyl für Menschen, die mit Schleppern gekommen sind. Er will auch die Möglichkeit, in akute Kriegsgebiete abschieben zu können. Für Asylsuchende soll es am Abend ein Ausgehverbot geben. Ein Vertreter einer Landesregierung fordert ein Niederlassungsverbot für Musliminnen und Muslime in Österreich. Das ressortlose Mitglied einer anderen Landesregierung fordert ein Verbot des Zugangs zum Gemeindebau für Musliminnen und Muslime.

Wir erleben eine Zeit, in der nahezu im Monatstakt von der Spitzenpolitik Forderungen erhoben werden, die mit der österreichischen Verfassung unvereinbar sind. Teilweise werden diese Forderungen auch umgesetzt, bis der Verfassungsgerichtshof einschreitet und etwa die diskriminierenden Mindestsicherungsregelungen in einigen Bundesländern aufhebt oder den Entzug von Staatsbürgerschaften aufgrund fragwürdiger Listen stoppt.

Nun ist es nicht neu, dass Gesetze verabschiedet werden, die später vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden. Neu ist jedoch, dass die Regierung immer öfter Forderungen erhebt, die den zentralen Grundprinzipien unserer Verfassung zuwiderlaufen.

Der Verfassungsjurist Bernd-Christian Funk sagt dazu in der „Presse“: „Es ist ein Ausloten von Grenzen. Während es früher um punktuelle Änderungen ging, die der einen oder anderen Gruppe vielleicht Vorteile verschafften, geht es heute um Fundamentales. Ein grundlegender Umbau von Staat und Gesellschaft soll bewirkt werden.“

Neu ist auch, dass Verfassungsrichter ernannt werden, die eine Nähe zu rechts-extremen Kreisen haben. Neu ist zudem, dass Verfassungsrichter auch noch nach ihrer Ernennung ein Geschäftsverhältnis zu Regierungsmitgliedern pflegen und ihre fehlende Unabhängigkeit zur Schau stellen. Erst nach Kritik legte Verfassungsrichter Rami die Vertretung als Anwalt von Vizekanzler Strache und Innenminister Kickl zurück.

Diese Entwicklung ist problematisch, möglicherweise sogar gefährlich. PolitikerInnen, die Gesetze einfordern, die den Grundprinzipien der Verfassung widersprechen, zeigen, dass ihnen die Wahrung der Verfassung kein Anliegen ist. Sie zeigen, dass sie, wenn es die Verfassung nicht gäbe, jederzeit Unrechtsgesetze erlassen würden.

Innenminister Herbert Kickl hat inzwischen mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass er Teile der österreichischen Verfassung und der im Verfassungsrang befindlichen Menschenrechtskonvention als lästig empfindet, weil sie ihn in seinem Handeln

behindern. Seine Parteikollegin, die Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch hat das untermauert, indem sie sagte „Niemand hat uns damit abzufinden, dass Gesetze uns in unserem Handeln behindern.“

Doch genau dazu ist die Verfassung da, um die Politik und unsere Gesellschaft zu leiten und, wenn notwendig, auch zu behindern. PolitikerInnen, die eine antidemokratische Agenda haben, die Gleichheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und andere Grundprinzipien eines Rechtsstaates, einer Demokratie und der Menschenrechte außer Kraft setzen wollen, sollen eben nicht frei handeln können.

Es ist bemerkenswert, dass es bislang, von einzelnen Mahnrufen abgesehen, keine breite öffentliche Debatte über das politische Anrennen gegen unsere Verfassung gibt. Unverständlich ist auch, warum Unvereinbarkeitsbestimmungen für VerfassungsrichterInnen weiterhin blockiert werden.

Die österreichische Bundesverfassung ist das Grundgebäude unseres Rechtsstaates. Werden tragende Mauerstücke aus der Verfassung herausgebrochen, droht das gesamte Gebäude ins Wanken zu geraten. Und nimmt der Verfassungsgerichtshof seine Aufgabe nicht mehr unabhängig wahr, droht das schrittweise Absterben der Verfassung und damit auch unserer Demokratie.



Illustration: Petja Dimitrova





# **DIE EU WIRD NICHT AUSEINANDER- BRECHEN**

Vom 23. bis 26. Mai wird das Europäische Parlament gewählt. Wie sozial ist die Europäische Union? Und wie kann Ungleichheit nivelliert werden? Die stv. Leiterin des WIFO Margit Schratzenstaller und der langjährige IHS-Leiter Bernhard Felderer im Gespräch.

*Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak  
Fotos: Karin Wasner*





**Unter dem Eindruck der Finanzkrise sagte EZB-Präsident Mario Draghi 2012 in einem Interview mit dem Wall Street Journal: „Das europäische Sozialmodell ist Vergangenheit“. Teilen Sie den damaligen Befund?**

*Bernhard Felderer:* Das kann er nicht so gemeint haben, wie es klingt, es geht mehr um die Dimensionen. Die zentraleuropäischen Staaten haben die höchsten Sozialquoten der Welt. Falls das finanziert werden kann, dann ist es auch möglich, solche Sozialleistungen zu haben. Diese Leistungen sind teils durch Beiträge finanziert und teils durch Einkommens- und andere Steuern. So wie es jetzt läuft, sind die Kosten von der Wirtschaft noch zu tragen, also muss man sich im Moment nicht von diesem Modell verabschieden. Man muss sich aber überlegen, wie wir mit dem stärker werdenden Wettbewerb umgehen. Wir werden bedrängt aus dem Osten, China ist sehr aggressiv und mit guten Produkten unterwegs. Heute belächelt China niemand mehr. Wir brauchen Fortschritte bei

der Produktivität, der Zuwachs bei der Arbeitsproduktivität ist in Europa in den letzten 40 Jahren gesunken. Wir verzeichnen in Europa einen Arbeitsproduktivitätsfortschritt in den vergangenen Jahren von einem Prozent oder darunter, in Italien ist er Null. Damit wird ein Sozialmodell, wie wir es jetzt haben, in dieser Dimension nicht finanzierbar sein.

*Margit Schratzenstaller:* Es wäre auch keine gute Idee, sich von diesem Sozialmodell zu verabschieden. Die sozialen Aspekte sind wichtiger denn je, man sieht das auch bei den Diskussionen auf internationaler Ebene. Bei allen supranationalen Organisationen wird anerkannt, dass man das Soziale zu lange vernachlässigt hat. EU-Kommission, OECD, IWF sprechen von sozial inklusivem Wachstum und weisen darauf hin, dass Produktivitätsgewinne ausgewogen verteilt werden sollen. Aus ökonomischen Gründen, aber auch, weil es politisch ein Problem ist, wenn man die soziale Seite zu sehr vernachlässigt. Man sieht das an Absatzbewegungen wie dem Brexit. Dass wir in Europa bei Einkommensverteilung und regionaler Verteilung ein Problem haben,

## **DIE VERNACHLÄSSIGUNG VON SOZIALEM BETRIFFT DIE EU, NICHT DIE MITGLIEDS- STAATEN. B. FELDERER**

ist offensichtlich. Die Erwartung, dass sich die Peripherie an Kerneuropa angleicht, hat sich so nicht erfüllt. Es gibt eine interessante aktuelle Diskussion unter dem Titel Geography of Discontent, die thematisiert, dass es politisch und sozial problematisch ist, wenn Regionen abgehängt sind oder sich so fühlen. Diese Erkenntnis dringt auch immer stärker zu den Entscheidungsträgern durch. Auch wenn die EU keine explizite sozialpolitische Kompetenz hat: Hebel hat sie schon mehrere. Über das EU-Budget, Sozialfonds, Kohäsionsfonds, auch über steuerpolitische Empfehlungen.

*Felderer:* Die Vernachlässigung von Soziallem betrifft die EU, nicht die Mitgliedsstaaten. In allen Mitgliedsstaaten sind die Sozialausgaben deutlich gestiegen. Die EU hat in den Römischen Verträgen keine Kompetenz bekommen, hat sich aber Kompetenz genommen: etwa im Bereich der Koordination der Sozialversicherungen, die man, wenn man in einem anderen Land arbei-

tet, mitnehmen kann. Es gibt die Entsende-richtlinie und die Dienstleistungsrichtlinie, die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Einfluss haben. Ich glaube, dass die EU sich weitere Kompetenzen nehmen wird. Aber wie weit das geht, wird diskutiert. Eine einheitliche Regelung für den gesamten EU-Raum ist problematisch, wenn man bedenkt, wie groß die Unterschiede beim Pro-Kopf-Einkommen sind und auch bei den Sozialausgaben. Die Portugiesen geben 12 Prozent aus, Deutschland rund 30 Prozent des Budgets. Ein Riesenschwund, zudem liegt das Pro-Kopf-Einkommen Deutschlands viermal höher als das der Portugiesen. Man muss sich vorstellen um wie viel mehr Geld in Deutschland für Soziales pro Kopf ausgegeben wird.

**Sollte man diese Unterschiede in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum so bestehen lassen?**

*Felderer:* Diese Unterschiede sind sicher nicht optimal. Der Lohn in Portugal, um beim Beispiel zu bleiben, wird ja dort ebenso von der Produktivität determiniert wie auch in Deutschland. Will man das ändern, verschiebt man das Verhältnis zwischen Produktivität und den Kosten des Arbeitgebers. Ich glaube, man wird deshalb nicht sehr weit gehen können. Weicht man vom Grundsatz ab, dass jede Lohnerhöhung von einem Zuwachs der Arbeitsproduktivität gedeckt sein muss, dann wird es schwierig. Die Kosten für den Arbeitgeber durch neue Sozialbeiträge zu sehr zu belasten, wird sich in Grenzen halten müssen, sonst wird es Arbeitslosigkeit geben. Da sollte man sich bei Experimenten nicht die Finger verbrennen. Aber die EU hat ja mit der Entsende-richtlinie schon unheimlich stark eingegriffen. Dass ein polnisches Unternehmen in Österreich Löhne auf österreichischem Niveau zahlen muss, hat man sich in Polen wohl nicht so vorgestellt. Das steht auch so nicht in den Römischen Verträgen. Das wirtschaftliche Gesamtergebnis von Polen und Österreich ist nicht gewachsen, weil die Reallokation (Neuverteilung, Anm.) von Arbeitskräften verhindert wurde. Die wahrscheinlich entstandene Arbeitslosigkeit in Österreich hätte sich in Grenzen gehalten und wäre bald wieder verschwunden. Die Gewerkschaften haben argumentiert, dass so Arbeitslosigkeit bei uns verhindert wird. Ich denke, dass die Anpassung relativ rasch gekommen wäre.

*Schratzenstaller:* Ich denke, dass die EU die Hebel, die sie hat – einer davon ist das EU-Budget – schon gezielter einsetzen kann, als sie es bisher tut, um solche Produktivitätsunterschiede auszugleichen. Wenn man sich die Kohäsions- und auch die Agrarpolitik ansieht, die zwei größten Posten, sind sie derzeit nur begrenzt geeignet, regionale Unterschiede zu verringern, sondern verstärken diese vielfach sogar noch. Ein Window of Opportunity ist das nächste EU-Budget, das derzeitige gilt bis 2020, um diese Instrumente etwa dafür einzusetzen, die ärmeren Regionen gezielter zu fördern. Und nicht nur mit einem nachträglichen Ausgleich soziale Probleme zu minimieren, sondern um die Produktivität zu stärken.

*Felderer:* Wie soll das gehen, durch Mittel in der EU schwächeren Regionen zu helfen? Durch Investitionsförderungen?

*Schratzenstaller:* Zum einen durch das Erasmus-Programm, aber auch durch den Sozialfonds, mit dem schon jetzt eine Reihe von Bildungsmaßnahmen gefördert werden, sowie die Regionalpolitik.

*Felderer:* Aber da wird ja das Budget schon ziemlich ausgereizt, da würden wir zusätzliche EU-Steuern brauchen.

*Schratzenstaller:* Das ist eine andere Diskussion, ob man ein höheres Budget braucht. Ich denke, dass man mit dem bestehenden finanziellen Rahmen mehr und fokussierter agieren kann. Derzeit geht ein großer Teil der Agrarförderungen eben nicht an die ärmeren Länder. Ein erheblicher Teil der Kohäsionsmittel geht an relativ reiche Regionen.

*Felderer:* Das stimmt, auch dort gehen die Mittel an größere Landwirtschaften. Jede diesbezügliche Änderung wird zu einem unglaublichen Politikum, ich sehe schon die französischen Bauern mit Traktoren durch Paris fahren.

**Könnte die Finanztransaktionssteuer hilfreich sein, um neue Mittel für die Umverteilung zu gewinnen?**

*Schratzenstaller:* Ja, vorstellbar sind verschiedene Maßnahmen. Auch, einen Teil der nationalen Beiträge, die derzeit den Großteil der EU-Ausgaben finanzieren,



„Es ist politisch und sozial problematisch, wenn Regionen abgehängt sind oder sich so fühlen.“

durch Einnahmen aus einer Transaktionssteuer zu finanzieren. Die Idee dazu ist nicht neu, die EU-Kommission selbst hat diese Idee vor mehreren Jahren explizit lanciert, und wir haben sie in unserem EU-Projekt „FairTax“ auch aufgenommen. Aber politisch ist das schwierig durchzubringen.

*Felderer:* Ich halte weniger davon, weil nie alle Länder teilnehmen werden. Dann entsteht ein Nachteil für manche Länder. Das hat man bei der Börsensteuer gesehen, die in Österreich Verheerendes angerichtet hat. Der Wiener Börsenplatz ist praktisch tot, er war noch vor zehn Jahren sehr lebendig. Es

## **DIE TRANSAKTIONSSTEUER KÖNNTE HELFEN, LÄNDERN SPIELRÄUME ZU SCHAFFEN. M. SCHRATZENSTALLER**

ist gut, wenn man Mittel für einen sozialpolitischen Zweck aufreiben kann, man muss sich aber fragen, was dort passiert, wo man sie hernimmt.

*Schratzenstaller:* Ich würde vorschlagen, das nicht als zusätzliche, sondern als alternative Finanzierung zu diskutieren. Wenn man die Finanztransaktionssteuer so ausgestaltet, wie die ursprüngliche Idee war – sehr breite Basis, sehr geringe Sätze – dann kann der Nutzen daraus, anderen Ländern Spielräume zu schaffen, im Gegenzug die nationalen Beiträge und damit andere Steuern zu senken, vor allem die hohen Abgaben auf die Arbeit – höher sein, als der Schaden, den man anrichtet.

*Felderer:* So viel wird da nicht rauskommen. Vor allem, wenn man die Höhe sehr gering hält, ist der Schaden im Verhältnis weit grö-

ßer. In der Zeit, in der Wolfgang Schäuble Bundeskanzler war, gab es starke Bemühungen, die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Er selbst war dafür, aber in seinem Umfeld gab es viel Skepsis. Also Ihrem Argument, dass man bestehende Mittel etwa beim Agrarfonds stärker auf ärmere Länder konzentriert, kann ich mehr abgewinnen. Einer Transaktionssteuer nicht, es gibt so viele Steuern, man kann jeden Tag neue erfinden. Wir hatten in den letzten 20 Jahren Diskussionen über Hunderte Steuern, Gott sei Dank sind nur wenige gekommen.

**Ihr Argument, Herr Felderer, ist, dass nicht alle EU-Mitgliedstaaten die Transaktionssteuer mitmachen würden. Was, wenn doch?**

*Felderer:* Dann könnte man noch eher darüber reden. Aber es hat ja auch die Forderung nach Vermögenssteuern gegeben, obwohl es in ganz Europa keine mehr gibt. Bis auf die Schweiz, wo sie ganz gering ist und verschämt Ergänzungssteuer heißt. Der letzte Staat, der die Vermögenssteuer abgeschafft hat, ist Frankreich gewesen, das war vor einem Jahr. Das Problem dabei ist, dass man Vermögen datenmäßig kaum erfassen kann, ein unglaublicher Aufwand, der bis zur Schätzung von Bildern reicht. Die Vermögenssteuer gleicht einer Einladung zum Betrug des Staates. Selbst Schweden hat sich davon verabschiedet, es gibt dort nicht einmal mehr eine Statistik über Vermögen. Dass Vermögen sehr ungleich verteilt sind, ist unbestritten, im Fall eines Industriebesitzers ist das einfach. Aber die Schätzung des Vermögens eines Haushaltes hat sich überholt. Schon eher ein Kandidat ist die Erbschaftsteuer, da muss beim Notar eine Erklärung abgegeben werden. Da bin ich aber





„Selbst Ungarn hat ein vitales Interesse, in der EU zu bleiben.“

auch dagegen, weil vorher andere Dinge erledigt werden müssen. Wir haben jetzt schon eine der höchsten Steuerquoten der Welt. Wir finanzieren sehr viel durch den Staat, deshalb glaube ich, dass viele sozialpolitische Anliegen durch private Initiative gelöst werden sollten. Dafür kann es dann Subventionen geben, in Deutschland sind Kindergärten mehrheitlich private Initiativen. Bei uns regen sich die Leute im zehnten Bezirk auf, dass die Stadt versagt hat, weil ein Kindergarten fehlt. Warum muss alles der Staat tun?

#### Stimmen Sie zu, Frau Schratzenstaller?

*Schratzenstaller:* Ich glaube, wir müssen zwei Diskussionen trennen. Die eine, welche Aufgaben der Staat übernehmen soll und welche Ausgaben damit verbunden sind. Darüber muss man reden, auch über Ineffizienzen in Österreich, vom Föderalismus bis zum Fördersystem. Da gab es schon viele Vorschläge zur Beseitigung dieser Ineffizienzen. Wenn man sich dann darauf geeinigt hat, welche Aufgaben der Staat übernimmt, muss man darüber diskutieren, woher er das Geld nimmt. Ich sehe auch, dass die Abgabenquote in Österreich hoch ist. Grundsätzlich soll man auch darüber nachdenken, wie man eine Senkung durch die Reduktion überflüssiger Aufgaben und eine effizientere Aufgabenerfüllung gegenfinanzieren kann. Aber unabhängig von der Höhe der Gesamtabgaben stellt sich die Frage, aus welchen Quellen sich der Staat finanziert. Wir haben in Österreich, aber auch in anderen europäischen Ländern ein fundamentales Ungleichgewicht, dass nämlich die Abgaben auf Arbeit sehr hoch sind. Umgekehrt hätten wir Spielraum nach oben, was die Umweltsteuer betrifft, und auch bei vermögensbezogenen Steuern

wie der Grundsteuer oder der Erbschaftsteuer gäbe es Möglichkeiten für einen Umbau des Abgabensystems.

**Zurück zur EU-Ebene, die Kommission hat vor Jahren schon in einem Bericht davor gewarnt, dass die EU auseinanderdriftet, wenn die Ungleichheit zwischen den Mitgliedern so bestehen bleibt. Wie sind wir heute unterwegs?**

*Felderer:* Also die EU wird nicht auseinanderbrechen. Selbst Länder wie Ungarn, die jetzt besonders laut trommeln, haben ein vitales Interesse, in der EU zu bleiben.

### **ICH HALTE WENIG VON DER TRANSAKTIONSSTEUER, WEIL NIE ALLE LÄNDER TEILNEHMEN WERDEN. B. FELDERER**

Nicht nur als Nettoempfänger, sondern vor allem, weil sie vom Freihandel abgeschnitten wären und Direktinvestitionen schwieriger würden. Dann wären sie über Nacht tot. Die Druckmöglichkeiten der Union sind durch die Wirtschaftsverflechtung gewaltig. Aber wie auch Hans Werner Sinn unlängst schrieb, der Traum von einem europäischen Bundesstaat ist tatsächlich in die Ferne gerückt. Durch den aufkommenden Nationalismus ist es so, dass wir eher dem De-Gaulle-Modell vom Zusammenschluss von Nationalstaaten folgen, die stärker kooperieren.

#### **Ist der Steuerwettbewerb ein Hindernis für soziale Integration?**

*Felderer:* Den Steuerwettbewerb gibt es nicht in jedem Bereich, am deutlichsten ist er in der Unternehmensbesteuerung. Vor

einigen Jahren wurde der Körperschaftsteuersatz (Einkommenssteuer der Unternehmen, Anm.) von 34 auf 25 Prozent gesenkt. Damit liegen wir heute im europäischen Vergleich im oberen Bereich. Bei der Kapitalertragssteuer wurde der Satz von 25 auf 27,5 Prozent erhöht, damit zählt er EU-weit wieder zu den höchsten.

*Schratzenstaller:* Der Unternehmenssteuerwettbewerb ist mit einigen Problemen verbunden. Wenn man die Unternehmen nicht mehr effektiv besteuern kann, dann müssen die öffentlichen Aufgaben aus anderen Quellen finanzieren. Es gibt Studien, die zeigen, dass die hohe Arbeitsbesteuerung auch damit zu tun hat, dass man die mobilen Bemessungsgrundlagen immer weniger besteuern kann. Für Österreich ist das keine einfache Situation, sich dem Unterbietungswettbewerb der Nachbarländer zu entziehen, man denke etwa an Ungarn, das seinen Unternehmenssteuersatz jüngst auf 9 Prozent gesenkt hat. Deshalb habe ich durchaus Sympathien für die Diskussion über Mindeststeuersätze. Auch, weil es politisch dafür Gründe gibt. Wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, dass die eigene Steuerbelastung relativ hoch ist, während Unternehmen nicht mehr ihren „fair share“ beitragen, leidet die Steuermoral. Das wird auch auf der supranationalen Ebene diskutiert. Das Problem: In der EU bekommt man eine Steuerharmonisierung nur mit Einstimmigkeit durch. Wenn man solche Maßnahmen aber isoliert diskutiert, wird man sie nie durchbringen. Wir müssen daher mehr über Paketlösungen sprechen. Die osteuropäischen Länder haben sicher kein großes Interesse an Mindeststeuersätzen, dafür aber an einer stärkeren Ausrichtung der Kohäsionsfonds in ihre Richtung. Wir sollten die Chance nützen, solche Harmonisierungsansätze in größeren Paketen zu diskutieren.

*Margit Schratzenstaller, Referentin für Öffentliche Finanzen und stv. Leiterin am WIFO, Expertin im Fiskalrat, Lehrbeauftragte an der Universität Wien, Partnerin im Horizon 2020-Projekt „FairTax“, das u.a. zu nachhaltigkeitsorientierter Finanzierung des EU-Budgets forscht.*

*Bernhard Felderer war Professor für Volkswirtschaftslehre in Deutschland und in den USA. Er leitete 21 Jahre lang das Institut für Höhere Studien (IHS), seit der Gründung des Fiskalrates 2013 war er fünf Jahre dessen Präsident.*

# „BRÜSSEL“ IST AUCH „WIEN“

„Wer nur mit seiner Fahne durch die Landschaft marschiert“, sagt der Europaabgeordnete Reimer Böge, der bringt am Ende keine Mehrheiten zustande. Es ist ein Plädoyer für Lösungen, die über die eigenen Landesgrenzen hinausreichen. Ein Blick nach Brüssel, wie es wirklich funktioniert.

*Text: Phillipp Saure  
Illu: Eva Vasari*







Die EU-Wahl findet zwei Monate nach dem geplanten Austrittstermin Großbritanniens aus der EU statt. Das Parlament wird dann nur noch 705 Abgeordnete zählen.

### Wer ist „Brüssel“?

Brüssel ist Sitz der EU-Kommission sowie des Rates der EU. Auch das Europaparlament hat in der belgischen Hauptstadt seinen zweiten Standort neben dem französischen Straßburg. Faktisch arbeitet auch das Parlament die meiste Zeit in Brüssel. An der Spitze der Kommission steht seit 2014 der Luxemburger Jean-Claude Juncker. Juncker ist vom Europaparlament und den europäischen Staats- und Regierungschefs an die Spitze der Kommission gestellt worden. Die übrigen Kommissionsmitglieder wurden zunächst von ihrem Heimatland nominiert, bevor sie ebenfalls die Zustimmung von Parlament und Regierungen erhielten, darunter der Österreicher Johannes Hahn. Bereits 2009 schickte die damalige Große Koalition den ÖVPLer nach Brüssel, wo er heute Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung verantwortet. Direkt vom Volk gewählt werden die derzeit 751 Abgeordneten des Europaparlaments (nach dem Brexit voraussichtlich

705). Österreich ist mit elf Männern und sieben Frauen vertreten. Das Spektrum reicht von FPÖ (vier Abgeordnete) über ÖVP (fünf) bis zu Sozialdemokraten (fünf) und Grünen (drei), daneben eine Neos-Abgeordnete.

Die EU-Mitgliedstaaten spielen demnach sowohl für die Kommission wie für das Parlament eine Rolle. Die Hauptrolle spielen sie aber im Rat. Dieser kommt als Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs bei den EU-Gipfeln zusammen. Darunter versammelt der Ministerrat die jeweiligen Ressortchefs, zum Beispiel Innen- oder AgrarministerInnen. Noch eine Ebene tiefer werden die EU-Länder durch Diplomaten repräsentiert, die „Ständigen Vertreter“. Österreichs Vertreter heißt seit August 2017 Botschafter Nikolaus Marschik.

### Wie entsteht ein Gesetz?

Kommission, Rat und Parlament: Alle haben feste Aufgaben. Als „Motor“ der EU gilt die Kommission. In der Regel schlägt sie die Gesetze vor. Das tat sie beispielsweise im Mai und Juli 2016, als sie sieben Vorschläge für ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ präsentierte. Kern war die Reform der Dublin-Verordnung. Da bislang meist jener Staat für Asylsuchende zuständig ist,

in dem erstmals EU-Boden betreten wird, waren Griechenland und Italien überlastet. Zugleich zogen MigrantInnen oft auf eigene Faust weiter in Länder wie Österreich und Deutschland. Die Reform soll die Verantwortung gerechter verteilen.

Ihren Vorschlag schickt die Kommission an den Ministerrat und das Parlament. Diese suchen zunächst intern eine Position – in Arbeitsgruppen und Ausschüssen, auf Botschafter- und Ministerebene, mit vielen Berichten, Hunderten Änderungsanträgen und unzähligen Sitzungen. Im November 2017

### UNTER DEM VORSITZ VON ÖSTERREICH GAB ES KEINEN DURCHBRUCH BEI DEN DUBLIN-REGELN.

hatte das Parlament den Dublin-Vorschlag durchgearbeitet und nach seinem Willen verändert. Der Tenor: Der Grundsatz des Ersteinreislands wird gekippt, alle Länder müssen sich an der Aufnahme beteiligen. Hinter dem Vorschlag der schwedischen Liberalen Cecilia Wikström versammelten sich im federführenden Parlamentsausschuss neben ihrer Parteienfamilie fast die gesamte EVP einschließlich des ÖVPLers Heinz K. Becker wie auch die Sozialdemokraten mit Josef Weidenholzer (SPÖ) sowie Grüne und Linke. Die Mitglieder der drei rechten Fraktionen, darunter Harald Vilimsky (FPÖ), lehnten den Vorschlag ab. Im Plenum erreichte der Plan eine breite Mehrheit.

## Österreich: „Paradigmenwechsel“

Trotzdem ist die Reform blockiert. Schuld ist aber nicht „Brüssel“, verantwortlich sind „Wien“, „Berlin“, „Budapest“, „Rom“ und so weiter, die sich im Rat nicht zusammenraufen konnten. Eine besondere Rolle spielte dabei Österreichs EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2018. Der Vorsitz rotiert alle sechs Monate. Das jeweilige Land kann sich profilieren, indem es Themen setzt und Gipfeltreffen in der Heimat inszeniert, wie Österreich im September in Salzburg. Zugleich wird vom Vorsitzland erwartet, als „ehrlicher Makler“ Kompromisse zu suchen. Österreich allerdings ging auf dem Feld der Asylpolitik mit der Ansage eines „Paradigmenwechsels“ in die Präsidentschaft, wie besonders FPÖ-Innenminister Herbert Kickl nicht müde wurde zu betonen. Statt auf die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in Europa wolle man sich auf Grenzschutz und Zusammenarbeit mit Drittstaaten konzentrieren. Damit war den Ländern, die eine fairere Verteilung anstreben, von vornherein der Wind aus den Segeln genommen. Erwartungsgemäß gab es (auch) unter österreichischer Präsidentschaft keinen Durchbruch bei den Dublin-Regeln.

## Mitgliedstaaten: voll beteiligt

Selbst wenn ein Durchbruch geschafft worden wäre: Nach interner Einigung muss der Rat mit dem Parlament verhandeln. Die beiden sind auf den meisten EU-Politikfeldern gleichberechtigte Gesetzgeber. In „Trilog“, bei denen als Vermittler die Kommission mit am Tisch sitzt, suchen Unterhändler nach dem endgültigen Gesetzestext, der abschließenden Lösung. Diese wird oft nach dramatischen Nachtsitzungen verkündet. So etwa am 30. Juni 2015, als man sich auf die Abschaffung der Roaming-Gebühren geeinigt hatte; dank des Gesetzes aus Brüssel fallen Preisaufschläge bei Telefonaten im EU-Ausland mittlerweile weg. Am Ende müssen Parlamentsplenarium und der gesamte Rat das jeweilige Gesetz absegnen.

Die Mitgliedstaaten sind also an der Erarbeitung der EU-Gesetze voll beteiligt. Darüber hinaus haben sie auch die Entscheidungsregeln mitbestimmt, also wie „Brüssel“ funktioniert. Hierzu gehört im Übrigen auch, dass die EU-Kommission darüber wacht, dass ein einmal verabschiedetes Gesetz eingehalten wird. So leitete die Behörde beispielsweise im Januar ein Verfahren gegen Österreich ein. „Wien“ habe ein EU-Ge-

setz von 2011 nicht richtig umgesetzt, meint die Kommission. Es sehe vor, dass PatientInnen nach einer medizinischen Behandlung im Ausland ihre Auslagen bis zu der Höhe erstattet bekommen, die im Inland gilt. Die Kommission dringt darauf, dass Österreich dies zum Wohl der PatientInnen garantiert – andernfalls kann sie am Ende den Europäischen Gerichtshof anrufen.

## Wo liegt die Macht?

Die Brüsseler Macht ist auf die Kommission, das Parlament und den Rat verteilt. Die politischen Prioritäten legt laut Lissabon-Vertrag der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs fest. Die Kompetenz konkreter Lösungspläne liegt allerdings zuerst bei der Kommission, die im Regelfall allein Gesetzesvorschläge unterbreiten darf. Die Kommission mache in der Praxis wiederum keine Vorschläge, die bei den Mitgliedstaaten keine Aussicht auf Erfolg hätten, gibt ein Brüsseler Diplomat zu bedenken. Das Europäische Parlament seinerseits kann die Kommission zu Gesetzesvor-

## DIE MITGLIEDSTAATEN SIND AN DER ERARBEITUNG DER EU-GESetze VOLL BETEILIGT.

schlägen auffordern. Falls sie das nicht tut, kann sie ihre Aufforderung sogar mit der Drohung versehen, dass man die Behörde andernfalls abwähle, erklärt der deutsche CDU-Abgeordnete Reimer Böge.

Ist ein Gesetzesvorschlag in der Welt und wird von Ministerrat und Parlament bearbeitet, kommt es meist zu so vielen Änderungen, dass am Ende ein Sieger schwer auszumachen ist.

Der Politikwissenschaftler Michael Kaeding verweist darauf, dass beide Seiten gleichermaßen unter Erfolgsdruck stünden. „Daher wird jeder etwas bekommen, das ist ein gleichberechtigtes Spiel“, sagt der Professor für Europapolitik der Universität Essen-Duisburg. Im Einzelnen komme es dann vor allem auf das individuelle Geschick der UnterhändlerInnen von Rat und Parlament an.

## Das Parlament umgehen

Der SPÖ-Abgeordnete Josef Weidenholzer sieht in den Verhandlungen einen strategischen Vorteil auf Seiten des Parlaments. „Die Kontinuität ist stärker“, sagt Weidenholzer und meint damit ein institutionelles

Gedächtnis. Viele VolksvertreterInnen seien zwei oder drei Legislaturperioden präsent, hinzu komme das „lebendige Archiv“ des Stabes an MitarbeiterInnen. Mit diesem Wissen sei man dem Rat mit den wechselnden Vorsitzen überlegen. Andererseits, gesteht Weidenholzer zu, besitze der Rat Macht, das Parlament zu blockieren und zu umgehen. Denn bei normalen Gesetzgebungsverfahren kann das Parlament allein nichts beschließen – wie die stockende Dublin-Reform zeigt. Regelrecht umgangen würden das Parlament und auch die Kommission aber, wenn die Staats- und Regierungschefs sich außerhalb der EU neue Regelwerke schaffen. Das sei vor allem in der Staatsschuldenkrise etwa mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus geschehen, sagt Weidenholzer: „Vieles ist an den gemeinschaftlichen Institutionen vorbei intergouvernemental gelöst worden.“

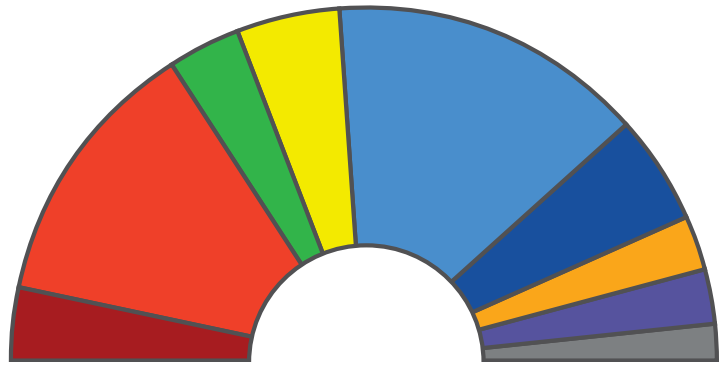
Auf der anderen Seite, darauf weist der Forscher Michael Kaeding hin, hätten sich Kommission und Parlament in den ersten Jahren der laufenden Legislaturperiode mit regen Absprachen gleichsam zu Lasten des Rates verbündet: „Die Kommission verstand sich vor allem als Kommission des Parlaments.“ Das gehe zurück auf die gute Beziehung zwischen Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (CSV) und dem damaligen Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD), der sich seinerseits stark für Junckers Wahl zum Kommissionschef eingesetzt hatte, meint der Politikprofessor.

## Bündnisse spielen große Rolle

Bündnisse und Macht spielen auch innerhalb der Institutionen eine große Rolle. Im Rat besitzen besonders die Großen wie Deutschland und Frankreich Vorteile. Sie verfügen bei Abstimmungen der MinisterInnen über mehr Stimmen, weil diese entsprechend der Bevölkerungszahl gewichtet werden. Unter den Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) gilt zwar in der Regel das Konsensprinzip. Doch auch hier sind die Großen dank ihres politischen Gewichts und ihrer Ressourcen an Wissen und Personal im Vorteil. Die großen Länder würden zu jedem Thema etwas sagen, erklärt ein zweiter EU-Diplomat. Zwar sei Redezeit nicht gleichbedeutend mit Einfluss. „Aber wenn man nichts sagt, hat man überhaupt keinen Einfluss.“ Allerdings bilden sich im Europäischen Rat je nach Thema verschiedene Bündnisse, meint derselbe Diplomat.

**Aktuelle Sitzverteilung im Europaparlament nach Fraktionen**

■ <b>EVP</b>	Christdemokraten, Konservative	<b>217</b>
■ <b>S&amp;D</b>	Sozialisten, Sozialdemokraten	<b>187</b>
■ <b>EKR</b>	Konservative, EU-Skeptiker	<b>75</b>
■ <b>ALDE</b>	Liberale, Zentristen	<b>68</b>
■ <b>Grüne/EFA</b>	Grüne, Piraten, Regionalisten	<b>52</b>
■ <b>GUE-NGL</b>	Linke, Kommunisten, Linksoz.	<b>52</b>
■ <b>EFDD</b>	EU-Skeptiker, Populisten	<b>41</b>
■ <b>ENF</b>	Rechtsextreme, Rechtspopulisten	<b>37</b>
■ <b>Fraktionslose</b>		<b>22</b>



Im Parlament liegt die größte Macht zahlenmäßig bei der Europäischen Volkspartei (EVP). Die Abgeordneten sind nämlich statt nach Nationalität zuvorderst nach politischer Richtung gruppiert, wobei die Spannweite groß ist – in der EVP sitzen neben der ÖVP auch die CDU und die spanische Partido Popular ebenso wie Ungarns Fidesz. Andererseits besitzt die EVP allein keine Mehrheit. Darüber hinaus ist die Volksvertretung sogar auf möglichst breite Mehrheiten angewiesen, um sich in den Verhandlungen mit dem Rat gut zu behaupten, erklärt der EU-Experte Moritz Fessler von der Europa-Universität Viadrina. Das verschaffe den anderen Parteienfamilien Gewicht.

In der Praxis ist nach Erfahrung des CDU-Abgeordneten Böge auch persönliches Vertrauen sehr wichtig. Dieses habe ihm selbst beispielsweise ermöglicht, gemeinsam mit einer französischen Sozialistin einen Vorschlag zum Eurozonen-Budget durchzubringen. Der SPÖ-Abgeordnete Weidenholzer wiederum gibt an, dass die verschiedenen „Kulturen“ der einzelnen Ausschüsse, die etwa für Bürgerrechte oder die Industrie zuständig sind, den Blick auf Gesetze stark prägen. Zwar spiele die Nationalität eine Rolle – Weidenholzer verweist auf typisch österreichische Paradigmen wie den Verzicht auf Atomenergie und Neutralität –, allerdings keine allzu große. „Wer nur mit seiner Fahne durch die Landschaft marschiert“, sagt Böge, der bringe am Ende keine Mehrheiten zustande.

**Was kann besser werden?**

EU-Experte Moritz Fessler sieht einen dringenden Bedarf, dass sich die EU stärker demokratisiert. „Der beste Weg zu einer bürgernäheren EU ist über ein voll funktionsfähiges Parlament.“ Dazu zählt u.a. das Initiativrecht für Gesetze, dieses ist bislang der Kommission vorbehalten. Weiters sollte es europäische Wahlkreise geben, um die Ergebnisse gerechter zu machen. Bei den

Wahlen 2014 hatten die Sozialdemokraten europaweit zwar mehr Stimmen erhalten als die Europäischen Volksparteien. Da aber die insgesamt konservativer geprägten kleineren EU-Länder mehr Abgeordnete pro Wähler bestellen dürfen, habe am Ende die EVP im Parlament mehr Sitze erhalten, gibt Fessler zu bedenken. Und noch einen Punkt führt Fessler an, um die Strukturen zu verbessern: Gut wäre, wenn „vollumfängliche“ Europaparteien dafür sorgen, dass die nationalen Parteien und damit die Nationen eine kleinere Rolle für die Parlamentarier und Parlamentarierinnen spielen. Der Abgeordnete Josef Weidenholzer schlägt u.a. eine „Parlamentarisierung“ des Rates an. Ähnlich wie beim US-Senat sollten die VertreterInnen der Mitgliedstaaten nicht bestimmt sondern gewählt werden. Sein Kollege Reimer Böge wünscht sich, dass die nationalen Parlamente den

**DAS EU-PARLAMENT SOLLTE DRINGEND EIN INITIATIVRECHT FÜR GESETZE BEKOMMEN.**

Regierungen „stärker auf die Finger klopfen“, wenn diese ihre VertreterInnen nach Brüssel schicken, um dort EU-Gesetze zu beschließen. Schließlich müssten die Vorschriften in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden – womit wieder „Berlin“, „Wien“ und so weiter am Zug wären. Unabhängig von Verbesserungsvorschlägen zu den EU-Institutionen legt Michael Kaeding Wert auf die Bereitschaft, Angelegenheiten der anderen immer auch als europäische Fragen zu sehen: „Nur wenn Österreicher und Deutsche sich füreinander interessieren und dafür, was die Polen bewegt oder wo die Malteser Probleme haben, funktioniert die Europäische Union.“

*Phillipp Saure berichtet seit zehn Jahren als Brüsseler Korrespondent über die europäische Politik.*

■ **Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP)**

Mitglieder u.a.: ÖVP (5 Mandate), CDU, Les Républicains, Forza Italia, HDZ, Platforma Obywatelska (PL), Partido Popular (ESP), Fidesz

■ **Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D)**

Mitglieder u.a.: SPD, Partito Democratico, SDP (HR), Partij van de Arbeid (NL), Partido Socialista (P), Labour Party, SPÖ (5 Mandate)

■ **Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)**

Mitglieder u.a.: Dansk Folkeparti, PiS, Conservative Party (GB)

■ **Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE)**

Mitglieder u.a.: NEOS (ein Mandat), FDP, Mouvement démocrate (F), Democraten 66 (NL), Unión Progreso y Democracia (ESP)

■ **Fraktion Die Grünen / Europäische Freie Allianz (Grüne /EFA)**

Mitglieder u.a.: Die Grünen – Die Grüne Alternative (3 Mandate), Bündnis 90/ Die Grünen, Europe Écologie – Les Verts (F), Miljöpartiet de Gröna (S)

■ **Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)**

Mitglieder u.a.: Die Linke, Syriza, Sinn Féin, Podemos

■ **Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)**

Mitglieder u.a.: UKIP, MoVimento 5 Stelle, AfD, Les Patriotes, Schwedendemokraten

■ **Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)**

Mitglieder u.a.: FPÖ (4 Mandate), Vlaams Belang, Rassemblement National (Ex-Front National), Lega Nord, Partij voor de Vrijheid

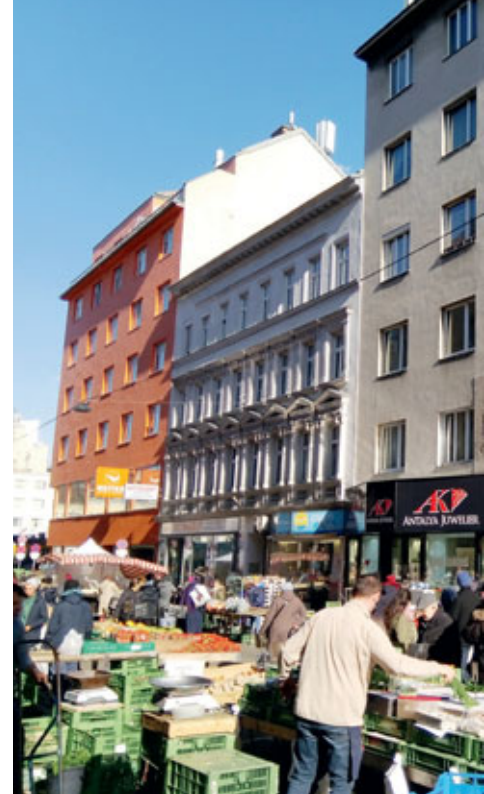
Tabelle: wikipedia, (Stand 21. Januar 2019, 751)



# AM VIKTOR-ADLER-MARKT

Wie hoch ist die EU in Favoriten vor den Wahlen im Kurs? Ein Lokalausweis.

Text, Bild: Zoran Sergievski



**D**er Akkordeonist vorm „New Yorker“ spielt die Frühlings-Hymne Ederlezi. Dabei ist es alles andere als frühlingshaft, er musiziert dem Winter zum Trotz. Es treibt die Leute an, sie gehen zügig über die Shoppingmeile. Mittagspausen, Einkäufe, Gassi-Runden wollen auch Anfang Feber erledigt werden. Während das Thermometer nur knapp über den Gefrierpunkt kommt, wird es hier politisch bald heiß hergehen. Ende Mai stehen nämlich EU-Wahlen an. Und die werden auch an dieser Adresse ausgefochten, dem Viktor-Adler-Platz. Auch hier sind alle EU-BürgerInnen dazu aufgerufen, das Parlament in Straßburg mitzubestimmen.

Lange schon ist der Ort im Norden Favoritens nicht nur Viktualienmarkt, sondern vielmehr politischer Kampfplatz. Der Namens-Pate zeigt, dass hier mal das Herz der österreichischen ArbeiterInnenbewegung schlug. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg regierte hier die KPÖ. Ihr altes Parteiheim, das besetzte Ernst-Kirchweg-Haus, steht südlich des Markts in der Wielandgasse. Abgesehen davon und vom Faschismus ist seit 1918 die SPÖ an der Macht.

Wie überall steht sie seit fast 30 Jahren auch zwischen Gürtel und Alter Mühle gehörig unter Druck. Kaum ein Jahr, kaum ein Wahlkampf vergehen, in dem sich die Freiheitlichen hier nicht als „soziale Heimatpartei“ oder Retter des Abendlands inszenieren. Kaum ein Jahr, kaum ein Wahlkampf vergehen, in dem sie den Viktor-Adler-Platz nicht medienwirksam füllen. Das hat na-

türlich Symbolik. Und zahlt sich aus. Nach dem Absturz bei der EU-Wahl 2004 auf 6,4 Prozent errang die FPÖ im Zehnten sagenhafte 22,71 (2009) und 27,1 Prozent (2014), gerade auf Kosten der SPÖ. Und das bei einer Wahl, die kaum auf Begeisterung stößt (siehe Tabelle).

## Brot und Brexit

Dabei gaben sich die Blauen lange Zeit alles andere als EU-freundlich. Die FPÖ forderte schon den Öxit – in Anlehnung an den Brexit. Und genau das schien ihr Erfolg zu sein. Die Studentin Doa Krelic kann damit wenig anfangen. „Das ganze Drama zur Zeit um

## EU-WAHLEN: ERSTMALS SEIT 2004 GLAUBT EINE MEHRHEIT DER BEFRAGTEN, DASS IHRE STIMME ZÄHLT.

den Austritt aus der EU finde ich sehr übertrieben, überzogen einfach.“ Sie befürwortet den Staatenbund. Es gebe ihr einfach ein Sicherheitsgefühl, mehr noch: „Irgendwie so ein Gemeinschaftsgefühl, da die EU doch als Gemeinschaft anerkannt wird.“

Frau Nemeth widerspricht dem grundsätzlich. Sie meint, „dass die EU Mist ist.“ Sie zögert zunächst. Sie sei doch gar nicht von da, sondern aus der Nähe von Schwechat. Aber den Stand, den betreibt sie schon seit vier Jahren hier in Favoriten. Die Bäckerin steht windgeschützt in einem weißen Pavillon in der Leibnizgasse. In der Ecke des Zelts steht ein Heizstrahler. Frau Krelic

kommt von der U1 Keplerplatz, am anderen Ende des Markts.

Frau Nemeth ist nicht allein. Wie sie vertrauen 49 Prozent der ÖsterreicherInnen der Europäischen Union „eher nicht“, dagegen 45 Prozent „eher schon“. Das sagt das letzte Eurobarometer, eine halbjährliche Umfrage der EU-Kommission. Damit liegt die Alpenrepublik unter dem EU-Schnitt. Am schlechtesten sind die Werte in Großbritannien, Tschechien und Griechenland. Allerdings glaubt erstmals seit 2004 eine Mehrheit der Befragten, dass ihre Stimme in der Union zählt. So will auch Frau Krelic auf jeden Fall im Mai wählen gehen. Frau Nemeth nicht. Bei ihr hat sich der Eindruck verfestigt, dass sich damit nichts ändert.

Geduldig und freundlich erklärt Frau Nemeth jedem Kunden, jeder Kundin ihr reichhaltiges Angebot. Sie verliert nie die Fassung noch ihre gute Laune. „Allein der Euro“ sei ein Problem, erklärt die Bäckerin, die ihre Verkäufe genau notiert und blitzschnell kopfrechnet. Sie erinnert sich an die Versprechen der Union: „Es hat geheißt, alles wird besser und einfacher.“ Dabei sei es nur komplizierter. Ältere Leute täten sich mit dem Euro einfach schwer.

Die Schilling-Story erzählte die FPÖ jahrelang. Während sich viele darüber freuten, dass man nicht mehr in Drachmen und Peseten umrechnen muss, höhnten andere vom „Teuro“.

Abgesehen davon, dass die Teuerung nur auf Platz acht der Sorgen im Eurobarome-





Die Teuerung ist nur auf Platz acht der Sorgen auf dem Eurobarometer.

ter liegt, ist die Sache nicht so einfach: „Wir haben mit dem Euro eine ganz andere Inflation als wir sie mit dem Schilling hätten“, sagt Nico Marchetti. Der 28-jährige ist ÖVP-Nationalrat und Parteichef in Favoriten. Er hat sein ganzes Leben im Bezirk verbracht. Ist das für Bürgerliche nicht ein undankbares Pflaster? „Ich finde das extrem spannend“, diese Mischung, die Geschichte, sagt der Jungpolitiker. MO trifft ihn nicht in der örtlichen Parteizentrale, sondern am Hauptbahnhof. Marchetti hält politische Bildung für wichtig, gerade bei Jungen. Nicht nur, aber auch, um über die Union aufzuklären. Den Bahnhof findet er interessant, weil man damit den Leuten die EU am Rand Favoritens zeigen kann. Sie sei nicht weit weg. Marchetti deutet auf ein Taferl bei der Oberlaa-Filiale. Es verweist auf Brüsseler Gelder für den Bau. Klar, Europa ist ungleich EU. Doch dafür, dass sich die ÖBB mit ihrer „Mobilitätsdrehscheibe im Herzen Europas“ rühmen, wirkt das Schild sehr, sehr klein.

### Die Macht in der EU

Die ÖVP Favoriten sitzt übrigens in der Erlachgasse. Das Parteiheim fügt sich in die Häuserzeile. Jemand hat mit schwarzem Spray Schlangenlinien über die Fassade gezogen – und über das Gesicht des VP-Wien-Chefs Gernot Blümel, das hier ein Poster zielt. Als wolle man ihm den Mund verbieten.

„Oba wenn i scho bleib“, meint der Herr mit Cowboyhut und Brillenkettel in breiter Mundart, „dann muaß i die Goschn hoidn

a.“ Auch er hält nichts vom Brexit. Österreich müsse sich fügen und in der EU bleiben, „weil sonst vahunga i“ – sprichwörtlich. Rechte EU-kritische wie -feindliche Parteien feiern überall Achtungserfolge. Und wenn sie nicht an die Regierung kommen, werben sie zumindest erfolgreich, wie Großbritannien zeigt. Die UKIP vermittelte den Briten wie viele andere, dass Brüssel zu viel Macht gegenüber London habe. Auch Frau Nemeth beklagt, dass sich Europa zu sehr in das Leben der Einzelnen einmische. Dabei genoss die Insel von Anfang an viele Sonderrechte. Die drohen im März zu kippen.

Aber wer hat tatsächlich die Macht in der EU? Der Herr mit Cowboyhut ist pensionierter Monteur. Er glaubt wie Frau Krelc, die Macht liege bei den großen Mitgliedsstaaten, gerade in Deutschland. Er begründet das mit dessen wirtschaftlicher Stärke: „Aber wo is da Billa? In da deutschen

### „ES HAT GEHEISSEN, ALLES WIRD BESSER UND EINFACHER. DABEI IST ES KOMPLIZIERTER.“

Hand. Wo is da Merkur? In da deutschen Hand“, sagt der Hutträger und meint den REWE-Konzern. Frau Krelc denkt an das politische Standing unseres Nachbarlandes: „In Russland, in Amerika, da bekommt man von Deutschland einfach mehr mit als von Österreich.“

### Favoriten, ein Schmelztiegel

31,82 Quadratkilometer misst Favoriten, acht Prozent von Wien. Mit knapp 200.000 EinwohnerInnen ist es der bevölkerungsreichste Bezirk. Hier gab es immer schon viele MigrantInnen, neueste Zahlen sprechen von 34,5 Prozent. Das sind 68.306 Menschen. Von ihnen sind 23.055 (33,75 Prozent) EU-BürgerInnen, 45.251 nicht.

Letztere sind nicht wahlberechtigt, nicht mal zur EU-Wahl. EU-BürgerInnen können sich in die Europawahlerevidenz eintragen und damit die österreichischen Mitglieder des EU-Parlaments mitbestimmen. Herr Mustafa, der Cowboy, kann nicht. Er kam vor 48 Jahren aus der Türkei nach Österreich. Er verortet seit jeher eine rassistische Grundstimmung im Land. Die Bundesregierung müsse sich entscheiden, ob sie Flüchtlinge „wie der Orbán“ ausschließen oder einbeziehen will. Sie in Kasernen zu stecken sei nichts. Herr Marchetti weist das zurück: „Es gibt ein Regierungsübereinkommen, unabhängig davon, was der eine oder andere in der FPÖ sich ausmalen mag.“ Herr Mustafa beharrt, „entweder, wir haben Menschenrechte und Demokratie oder nicht“. Die kulturelle Vielfalt sieht er (wie Marchetti) als Reichtum – im Gegensatz zu manch anderem Zuwanderer, der ebenfalls politisch rechts wählt. „Frag amal die Leit, wo sind deine Wurzeln?“, schlägt Herr Mustafa vor. Wenn man nach dem Pass gehe, sei sein Kind natürlich auch Österreicher.

Darum ist Favoriten ein Paradebeispiel für europäische Schmelztiegel, für Wien, das Land. Viktor Adler kam in Prag als Sohn jüdischer Kaufleute zur Welt – und mischte sich als Reporter und Organisator unter die Wienerberger „Ziegelböhm“. Nemeth ist ein ungarischer Name. Auch Frau Krelcs Eltern oder Großeltern kamen vermutlich vom Balkan, wenn man sich auf ihre Sprachmelodie verlässt. Und Marchetti dürfte italienische Ahnen haben. Anders als er lasen sie die Buchstaben in der Mitte wohl als „k“.

Dabei ist laut Eurobarometer ausgerechnet die Einwanderung das größte Sorgenthema, und das am Ende von Österreichs EU-Ratspräsidentschaft. „Und, was hat’s gebracht?“, fragt Herr Mustafa und antwortet selbst: „Na goar nix!“

Beteiligung an EU-Wahlen in %*	1996	1999	2004	2009	2014
Favoriten	68,1	38,9	32,2	38,0	36,3
Wien	66,5	42,5	36,9	43,0	43,3
Österreich	67,7	49,4	42,2	46,0	45,4
EU	56,7**	49,5	45,5	43,0	42,6

\*Werte gerundet. Quellen: EU-Parlament, BMI, MA 62. \*\*Wert der regulären Wahl 1994, ein Jahr vor Österreichs EU-Beitritt. Bei uns wurde 1996 nachgewählt.



Vielfältige Dienstleistungen, vom Arbeitsprojekt Tagwerk über Geriatrie bis zum Hospiz. 50.000 ehrenamtliche MitarbeiterInnen helfen.

## SOZIALE DIENSTE

# Stimmungsmache

FPÖ-Politiker diffamieren die katholische Hilfsorganisation Caritas als „Asylindustrie“. Die ÖVP schaut weitgehend zu. Was aber wäre Österreich ohne Non-Profit-Organisationen, die von Pflege über Hospiz bis Kinderbetreuung soziale Dienste leisten?

TEXT: EVA MARIA BACHINGER

**K**urz vor Weihnachten mahnte Caritas-Präsident Michael Landau: „Ich habe den Eindruck, die Bundesregierung ist hier (Mindestsicherung, Anm.) erstaunlich weit weg von der Lebensrealität armutsbetroffener Menschen. Da gibt es schwere Empathie-Defizite in diesem Bereich“. Über Menschen in Not werde absätzig gesprochen, „hier ist der gesellschaftliche Wertekompass ein Stück weit abhandengekommen oder verrutscht“. Mehr hat es nicht gebraucht. Obwohl die FPÖ sonst das „christliche Abendland“ retten will, reagierte sie ganz und gar nicht weihnachtlich auf die Worte des Priesters. Klubobmann Johann Gudenus: „Der Herr Landau kann es nicht einmal zu Weihnachten lassen, sein Geschäftsmodell auf Kosten der Steuerzahler voranzutreiben. Menschlichkeit oder doch reine Profitgier?“ Generalsekretär Christian Hafenecker bemühte wieder einmal den Begriff „Asylindustrie“. Staatssekretärin Karoline Edtstadler bat daraufhin „um eine Abrüstung der Worte und die Rückkehr zur

Sachlichkeit“, aber nicht nur in Richtung von Gudenus, sondern auch von Landau. Die empörte Kritik von Opposition und Zivilgesellschaft ließ nicht lange auf sich warten. Kardinal Christoph Schönborn stellte sich hinter Landau und wunderte sich über Gudenus, der sich als Vertreter einer Partei, die sich selbst als Vertreter der ärmeren Bevölkerung sehe, „hier offensichtlich in der Wortwahl

**„Die FPÖ verhält sich wie Rotzbuben. Rotzbuben haben keine Ahnung vom Leben.“  
Christian Konrad**

sehr vergriffen hat.“ Christian Konrad richtete aus: „Die FPÖ verhält sich wie Rotzbuben. Rotzbuben wissen nämlich meist nicht, wovon sie reden, und haben keine Ahnung vom Leben.“ Regierungskordinator Norbert Hofer besann sich spät, aber doch auf die vielfältigen Dienste der Caritas, die letztlich auch FPÖ-Wählern zugutekommen: Die Caritas leiste „Großartiges“, meinte er.

## Mehrheit auf Seiten der Caritas

Dieses Lob wird auch mit Umfragedaten zusammenhängen: Laut des Meinungsforschungsinstituts Unique research standen in dem Schlagabtausch 43 Prozent auf der Seite der Caritas, 29 Prozent waren einig mit der FPÖ, 28 Prozent blieben unentschieden. Kein Wunder: Die Zahl der KatholikInnen und KirchgängerInnen ist zwar seit Jahren rückläufig, aber die Caritas habe in der Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen, betont Politologe Peter Filzmaier. Er erachtet die Reaktion der FPÖ als „nicht verwunderlich“, da die FPÖ auch antiklerikale Wurzeln hat. „Das eigentlich verwunderliche Phänomen ist die ÖVP als christdemokratische Partei“, so Filzmaier. Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte zu Jahresbeginn in der ORF-Pressestunde zwar, dass er von Gudenus' Aussagen nichts halte und die aggressive Wortwahl ablehne. Allerdings findet er auch die Aussagen Landaus zur Mindestsicherung nicht sinnvoll. ÖVP-Politiker Andreas Khol kritisierte





Norbert Hofer besann sich spät auf die Qualitäten der Caritas und meinte schließlich, sie leiste „Großartiges“.

Landau ebenfalls und bezeichnete seine Aussage, wonach nun nach den Plänen der Regierung eine Mutter etwa ab dem dritten Kind nur mehr 1,43 Euro pro Tag zur Verfügung hätte um dieses Kind ernähren, kleiden und ihm Wohnraum bieten zu können, als unrichtig und als „Diskussionsbeitrag enttäuschend“. Er verweist darauf, dass christliche Soziallehre Solidarität bedeute, aber auch Gerechtigkeit im Verhältnis zu Arbeitenden und Subsidiarität: Es müsse Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden, nicht mehr. Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer forderte ebenfalls im Standard, dass sich jene, die unter dem Schlagwort „christlich-sozial“ von der ÖVP die Umsetzung der „reinen religiösen Lehre“ erwarten würden, „um ein besseres Verständnis der historisch erkämpften Trennung von Politik und Religion bemühen“ sollten. Das sei „eine Errungenschaft unserer liberalen Demokratie“. Da irrt Mahrer, denn eine Errungenschaft ist genauer gesagt die Trennung von Kirche und Staat. Eine Trennung von Politik und Religion ist „schlichtweg unreal“, erklärt Filzmaier. „Wir haben eine institutionelle Trennung von Staat und Kirche, die aber auch nicht durchgängig ist, wenn man etwa an den Religionsunterricht in staatlichen Schulen denkt. Aber eine Trennung von Religion und Politik anzustreben, ist ähnlich unlogisch wie eine Trennung von Politik und Ideologie. Jede Partei und jeder Politiker hat einen Grundkatalog von Werten, der das politische Handeln bestimmt und entscheidend prägt. Die ÖVP ist auch eine christlich-orientierte Partei, die Kirche hat zwar einen zunehmend geringeren Stellen-

wert, aber diese Entwicklung hat schon vor Jahrzehnten begonnen. Nun zu sagen, man sei nicht mehr nur christlich-sozial verwundert mich sehr, denn gleichzeitig spielen diese Werte etwa bei Familienthemen sehr wohl eine Rolle.“

### Beitrag nicht zu unterschätzen

Dass die Kritik an der Caritas von ÖVP-VertreterInnen nicht abgeduldet wurde, hat auch mit der politischen Lage zu tun: Die Regierung plant die Flüchtlingsbetreuung in eine staatliche Bundesagentur zu übertragen, diese Aufgabe den NGOs also zu entziehen. Um dieses Ansinnen politisch durchzusetzen ist es strategisch hilfreich

### „Das eigentlich verwunderliche Phänomen ist die ÖVP als christdemokratische Partei.“ Peter Filzmaier

das Image der NGOs anzuputzen. Zudem schwächt die Opposition: Die Grünen sind weg vom Fenster, die SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner glänzt durch Unsichtbarkeit, einzig die Neos sind wahrnehmbar. So sind im Grunde NGOs wie die Caritas derzeit die schärfsten Kritiker der Regierungspolitik, und als kritische Stimme unangenehm. Filzmaier: „Doch solche NGOs haben eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie vertreten Positionen und erbringen Dienstleistungen, die nicht den eigenen Leuten helfen, sondern armen Menschen oder Flüchtlingen. Während die Vereinigung der Autohändler die Interessen der Händler und auch Gewerkschaften oder Kammern Interessen ihrer

Mitglieder vertreten, ist das bei der Caritas anders. Deren Einsatz für jene, die sich nicht selbst helfen können, ist notwendig, sonst funktioniert das demokratische System nicht.“ Auch Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes, betont: „Unsere Zivilgesellschaft kann nicht ohne NGOs funktionieren, insbesondere dann, wenn auch ein konkreter staatlicher Auftrag erteilt wird bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Der Staat stellt dafür gewisse finanzielle Grundlagen zur Verfügung. Wir sind dazu aufgerufen, die Mittelverwendung sorgfältig darzustellen. Es gibt natürlich immer wieder Vorkommnisse, wo die Transparenz nicht eingehalten wird, aber wenn die Transparenz der Mittel gegeben ist, dann halte ich gar nichts davon NGOs auf Verdacht hin zu desavouieren. Die Bedeutung dieser Organisationen ist gerade im Pflegebereich nicht zu unterschätzen. Zudem gibt es eine gesamtgesellschaftliche Erwartungshaltung an NGOs viele soziale Aufgaben zu übernehmen.“

### Ehrenamtlich engagiert

Diskreditiert wird die Caritas als „Asylindustrie“, doch nicht nur die FPÖ zeichnet so ein Bild, sondern auch Medien: Die Tageszeitung Kurier schrieb 2015 über den „Konzern Caritas“, das „Großunternehmen der Nächstenliebe“ und von einem „Geschäftsmodell“. Eine Non-Profit-Organisation ist per Definition nicht gewinnorientiert. Das „Geschäftsmodell“ fußt auf Spenden und auch entscheidend auf staatlicher Unterstützung, weil die Caritas staatliche Aufgaben übernimmt. Dafür

erhielt die Organisation laut dem Jahresbericht 2017 neben 68 Millionen Euro an privaten Spenden rund 570 Millionen Euro als Entgelt für Dienstleistung aus öffentlichen Mitteln und rund 100 Millionen Subventionen aus der öffentlichen Hand und Kirchenbeträgen. Die Caritas selbst verweist auf die Tatsache, eine gemeinnützige Hilfsorganisation und Teil der Kirche zu sein. Gemeinnützigkeit ist in Österreich gesetzlich geregelt und bedeutet, dass keine eigennützigen Ziele und keine Profite, sondern Ziele im Interesse der Allgemeinheit verfolgt werden. Sollten in bestimmten Fällen doch Mittel überbleiben, werden diese zum überwiegenden Teil für zukünftige Hilfsprojekte verwendet, heißt es von Seiten der Caritas.

Einem Konzern würde man auch nichts spenden. Und auch wenn die Zahl der angestellten Mitarbeiter von 16.109 an eine Konzerngröße denken lassen, passen die rund 50.000 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen nicht recht in diese Schublade. Darauf verweist auch Frohner: „Natürlich arbeiten Caritas und Rotes Kreuz wie Unternehmen mit vielen Mitarbeitern und haben auch eine dementsprechende Struktur, aber es werden auch viele private Ressourcen durch ehrenamtliche Mitarbeiter investiert, was es bei normalen Unternehmen in dem Ausmaß nicht gibt.“ Einer NGO „Profitgier“ vorzuwerfen, von „Geschäftsmodell“ oder „Asylindustrie“ zu sprechen ist perfid

Lerncafe der Caritas. „Unsere Zivilgesellschaft kann nicht ohne NGOs funktionieren“, sagt Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes.



Ein Pferderücken zum drücken. Seelische Unterstützung für Kinder mit Behinderung.

de, denn bei solchen Vorwürfen bleibt auch dann, wenn man sich dagegen wehrt, etwas im Raum stehen und gleichzeitig ist es

### Im Pflegebereich findet der größte Ressourceneinsatz statt. In Österreich gibt es 450.000 Pflegebedürftige.

absurd, denn schließlich gibt es keine Gewinnausschüttung oder persönliche Bereicherung. Landau etwa ist bei der Erzdiözese als Priester angestellt und arbeitet als

Caritas-Präsident ehrenamtlich. Doch diese Tonart verunmöglicht eine sachliche Diskussion mit rationalen Argumenten. Der Diskurs bleibt auf einer emotionalen Ebene. Das sei auch so erwünscht. „Solche Vorwürfe zu erheben, ist in niederen Absichten begründet. Das betreibt die FPÖ schon lange, strategisch mit einer gewissen Wirkung“, erklärt Politologe Filzmaier.

Die Caritas übt immer wieder Kritik, unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation. „Die Regierung hat den Blickkontakt zur Not verloren“, erklärte Landau bereits 2013. „Wer eine Neiddebatte auf dem Rücken der Schwächsten führe, der hat von der Wirklichkeit der Betroffenen keine Ahnung.“ Vor sechs Jahren war bekanntlich eine rot-schwarze Regierung mit Kanzler Werner Faymann im Amt. Zur jüngsten Debatte will kein Caritas-Vertreter mehr was sagen. Vielmehr will man zeigen was man tagtäglich tut, vor allem im Pflegebereich, wo der größte Ressourceneinsatz stattfindet. In sieben Bundesländern werden in 47 Senioren- und Pflegeeinrichtungen 4.680 Personen betreut. 2,1 Millionen Einsatzstunden wurden 2017 im mobilen Dienst geleistet. Derzeit gibt es rund 450.000 Pflegebedürftige, Schätzungen zufolge wird die Zahl bis 2050 auf 750.000 steigen. Der Staat wird die Caritas wohl noch mehr benötigen als bisher. Zu glauben Angehörige - zumeist Frauen - könnten alles abfedern, ist falsch, so Frohner. Denn: „Nicht alle haben familiäre Strukturen, auf die sie zurückgreifen können. Zudem nimmt die Zahl pflegender Angehöriger generell ab, die geburtenstarken Jahrgänge stehen uns nicht mehr zur Verfügung.“ Genau hier würden NGOs eine sehr wichtige Funktion erfüllen.

Der zweitgrößte Bereich ist die Arbeit mit Menschen mit Behinderung, wo jährlich rund 7.000 Menschen betreut werden. 2017 war der drittgrößte Bereich Flucht, allerdings sind die Aufwendungen in diesem Bereich rückläufig, weil weniger Flüchtlinge nach Österreich kommen, zudem wurde die Finanzierung für Integrationsprojekte gekürzt. Die Einrichtungen der Caritas reichen von Hospiz, Mutter-Kind-Häusern, Kinderbetreuung, Schulen, Lerncafés und Beratungsstellen, sie kümmert sich um Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Drogensüchtige. Betont wird: Alle werden von der Caritas betreut, egal welcher Herkunft, Religion und Weltanschauung. Alle, auch FPÖ-Funktionäre und FPÖ-Wähler.



## FRISTENLÖSUNG

# Ein „Kreuzzug gegen Abtreibung“?

In jüngster Zeit machen Pro-Life-Organisationen gegen die Fristenlösung mobil. Ist ein lange erkämpftes Recht in Gefahr?

TEXT: CLARA AKINYOSOYE

**A**m 1. Jänner 1975 trat in Österreich die Fristenregelung in Kraft. Was für die Frauenbewegung ein lang erkämpftes Recht auf Beendigung einer ungewollten Schwangerschaft bedeutete, war für katholische Kreise ein gesetzlicher Freibrief zur Tötung ungeborener Kinder. Rund 44 Jahre später befürchteten Frauenrechtlerinnen unter der ÖVP-FPÖ-Regierung einen Angriff auf die Fristenlösung.

„Ich weiß zwar, wie man Wahlen gewinnt, ich weiß aber auch, wie man sie verliert, und bei dieser Abtreibungssache schaut es ganz danach aus.“ Bundeskanzler Bruno Kreiskys Sorgen sollten sich später als unbegründet herausstellen. Dass die SPÖ-Regierung eine Abtreibung in den ersten drei Monaten einer Schwangerschaft straffrei stellte – unter heftigem Protest von Kirche und ÖVP – wurde von den WählerInnen nicht abgestraft. Nach der Einführung der Fristenregelung erreichte die SPÖ 1975 erneut die absolute Mehrheit. Kardinal Franz König bezeichnete die Regelung später als „eine offene Wunde in der Geschichte der Zweiten Republik“. Eine Wunde, die die Kirche und viele Pro-Life-Organisationen schließen wollen. Nicht zuletzt auch mithilfe politischer Lobbyarbeit. Aktuell sind es die Vertreterinnen der parlamentarischen Bürgerinitiative „fairändern“, die gegen Abtreibung mobil machen. Frauen fühlten sich oft zu einem Schwangerschaftsabbruch gedrängt, kritisieren sie. Als stv. Vorsitzende der Initiative fungiert mit der freikirchlichen Pastorin Petra Ploner eine Frau, die in der Vergangenheit selbst eine Abtreibung durchführen ließ – und bereit.



Die Kampagne hat mit Kardinal Christoph Schönborn und Erzbischof Franz Lackner einflussreiche Unterstützer aus der katholischen Kirche. Auch Verkehrsminister Norbert Hofer unterschrieb.

## Unterstützung aus Kirche und Politik

Einige Forderungen der Initiative drehen sich um ein Mehr an Information für Schwangere: Abtreibungen sollen verhindert werden, indem Frauen verstärkt über

## Die Bürgerinitiative „fairändern“ macht mit einem Forderungskatalog gegen Abtreibung mobil.

Alternativen wie Adoption sowie über Beratungsangebote informiert werden. Im Forderungskatalog finden sich aber auch Maßnahmen, die einen Eingriff in die Fristenregelung bedeuten würden – etwa ein Verbot von Spätabbrüchen. Derzeit können

Frauen auch nach dem dritten Monat abtreiben, wenn es dafür einen medizinischen Grund gibt – etwa eine schwere geistige oder körperliche Behinderung des Kindes. Meist fällt eine Ethikkommission die Entscheidung, ob ein Abbruch durchgeführt werden darf. Auch eine mindestens dreitägige verpflichtende Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs fordert die Initiative. In den Augen vieler FrauenrechtsaktivistInnen eine gefährliche Bevormundung. Man wolle den Menschen vermitteln, die Frauen würden über so eine Entscheidung nicht nachdenken, kritisiert Andrea Hladky, Sprecherin des Frauenvolksbegehrens 2.0. „Aber welche Frau entscheidet das



Andrea Hladky (Frauenvolksbegehren 2.0): „Welche Frau entscheidet das leichtfertig?“



Ewa Dziedzic (Die Grünen) ortet in Europa einen „Kreuzzug gegen das Recht auf Abtreibung.“



Gudrun Kugler (ÖVP-Abgeordnete, Theologin), trat beim „Marsch fürs Leben“ auf.

leichtfertig?“. In dringenden Fällen könne dadurch zudem eine fristgerechte Abtreibung verunmöglicht werden.

Die Kampagne hat mit Kardinal Christoph Schönborn und Erzbischof Franz Lackner einflussreiche Unterstützer aus der römisch-katholischen Kirche, aber auch aus der Politik: Bei der Übergabe der Unterschriftenliste im Nationalrat im vergangenen Jahr waren mit der Menschenrechtssprecherin Gudrun Kugler, Familiensprecher Norbert Sieber und Behindertensprecherin Kira Grünberg drei Nationalratsabgeordnete der Kanzlerpartei ÖVP dabei. Mit FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer unterschrieb auch ein Regierungsmitglied die parlamentarische Initiative. Im November traten beim Marsch fürs Leben, einer Demonstration von Pro-Life-AnhängerInnen, neben Ploner auch Kugler und Sieber auf.

### Feministinnen in Alarmbereitschaft

In den Kreisen der Frauenrechtsaktivistinnen werden die Entwicklungen aufmerksam verfolgt und Wege des Protestierens diskutiert. Eine Allianz „zwischen Rechtsextremen und religiösen Fundamentalisten“ – sowohl im Ausland als auch hierzulande – ortet die ehemalige Verfassungsrichterin Brigitte Hornyik. Sie setzt sich seit langer Zeit dafür ein, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafrechtsgesetzbuch zu streichen. Dass „AbtreibungsgegnerInnen“ gute Verbindungen zu PolitikerInnen von ÖVP und FPÖ hätten, sei nicht neu, doch seit dem Regierungswechsel ist die Partei, die die Fristenregelung einführte, aus dem Spiel. „Jetzt tun sie sich leichter, sich Gehör zu verschaffen“, so Hornyik. Die sozialdemokratischen Frauen seien zwar „nicht sehr offensiv“, aber „sie haben

eine klare Position.“ Während die ehemalige rote Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nicht nur von SPÖ-Frauen dafür geschätzt wird, dass sie in ihrer Amtszeit immer wieder Vorstöße gegen die Fristenregelung abwehrte, gilt sie unter AnhängerInnen der Pro-Life-Bewegung als ewige Gesprächsverweigerin und Blockiererin.

Frauen, die eine ungewollte Schwangerschaft beenden wollen, würden nicht nur stigmatisiert, sondern seien auch mit strukturellen Hürden konfrontiert, schon allein deshalb, weil es keinen flächendeckenden Zugang zu Abtreibungen gibt, kritisieren Frauenrechtsaktivistinnen immer wieder.

### „Eine Änderung der Fristenregelung ist nicht in Planung.“ Frauenministerin Julia-Bogner-Strauß.

Daher fanden sich im Frauenvolksbegehren 2.0 auch Forderungen wie die Kostenübernahme von Abbrüchen (sowie Verhütungsmitteln) durch die Krankenkassa, die Möglichkeit auf Abtreibung in jedem öffentlichen Spital und die Einrichtung von anonymen, staatlich finanzierten Beratungsstellen.

### „Nicht in Stein gemeißelt“

Dass diese Forderungen des Frauenvolksbegehrens unter einer ÖVP-FPÖ-Regierung abgelehnt werden würden, ist wenig überraschend. Nicht gerechnet hätten die Initiatorinnen des Frauenvolksbegehrens aber damit, dass sie sich in Zukunft vielleicht für den Status Quo stark machen müssen: „Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass ich das Gefühl habe, dass dieser 1975 endlich eingeführte Paragraph nicht

in Stein gemeißelt ist. Das hätte ich vor fünf Jahren nie gesagt. Aber die Tendenzen, die wir gesellschaftspolitisch mitbekommen, lassen befürchten, dass sogar daran gerüttelt werden könnte“, sagt Hladky. Falls die Fristenregelung infrage gestellt werde, „wird das Frauenvolksbegehren eine ganz zentrale Funktion haben, das zu verhindern.“

Abtreibung ist aus katholischer Sicht eine Tötung und damit eine schwere Sünde, die die Exkommunikation aller daran Beteiligten zur Folge hat. Dennoch hält sich die Kirche in Österreich mit Forderungen nach einem generellen Abtreibungsverbot zurück. Kirchliche und kirchennahe AkteurInnen fordern oftmals Prävention – etwa durch finanzielle Unterstützung schwangerer Frauen. Die Kirche unterstützt aber auch die Forderung nach einem Verbot der Spätabtreibung, sagt der Sprecher der Erzdiözese Wien Michael Prüller. Es gehe hier um die Verhinderung von Diskriminierung Behinderter. Prüller bestätigt auch, einen Austausch zwischen Kirche und Politik zu dieser Thematik. „Seit es die Fristenregelung gibt, gibt es Gespräche dazu. Immer wieder.“ Aus dem Büro von Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) hieß es auf Anfrage, ob eine Änderung der Fristenregelung angedacht sei: „Eine Änderung ist im Regierungsprogramm nicht vorgesehen und auch nicht in Planung“. Die Frage, ob die Ministerin ausschließen könne, dass es zu einer Änderung komme, ließ das Büro unbeantwortet.

### „Kreuzzug“ durch Europa

„Wir stehen vor einer verzagten Situation“, sagt Ewa Dziedzic. Sie ist eine der zwei letzten Grünen BundesrätInnen und beobachtet die Aktivitäten von Abtreibungsgegner-





Kira Grünberg (ÖVP-Abgeordnete), unterstützt die Initiative „fairändern“.

rInnen auch auf internationaler Ebene. Sie ortet in Europa einen „Kreuzzug gegen das Recht auf Abtreibung“, der mit Geldern aus den USA finanziert wird. Die Pro-Life-Bewegung sei international gut vernetzt und habe das Ziel, die Rechte der Frauen „auszuhöhlen“. In der Argumentation werde der Fokus mittlerweile auf Abtreibungen bei Behinderungen gelegt und Diskriminierung beklagt, um zu versuchen, die Abwehr in progressiven Kreisen auszubremmen. „Sie wissen ganz genau, welchen Hebel sie ansetzen müssen.“ In Polen habe man eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze im vergangenen Jahr noch abwehren können, „doch das heißt nicht, dass sie es nicht immer wieder versuchen“, so Dziedzic. Ob ÖVP und FPÖ nun einen Eingriff in die Fristenregelung planen, will die Grüne demnächst in einer parlamentarischen Anfrage erfragen. Die Regierung soll offenlegen, welche Pläne sie hat.

„Abtreibung undenkbar machen“, aber nicht mit Zwang, sondern durch Bewusstseinsarbeit, sei das Ziel des Vereins „Jugend für das Leben“, sagt Sprecherin Myroslava Mashkarynets. Der Verein organisiert jedes Jahr Pro-Life-Märsche in Österreich. „Wir wissen natürlich, dass es bei der derzeitigen politischen Lage nicht realistisch wäre, davon auszugehen, dass wir die Fristenregelung kippen können“, so Mashkarynets. Doch der Verein wolle Veränderungen bewirken, wachsen und „immer mehr junge Menschen gewinnen“.

### Schulunterricht gegen Abtreibung

In Kontakt mit dem Verein kommen Jugendliche oftmals in der Schule, wo VertreterInnen des Vereins meist auf Einladung der ReligionslehrerInnen Vorträge



Gegen Spätabtreibungen: Norbert Sieber (ÖVP-Abgeordneter), unterstützt die Initiative.

über Abtreibung, die Folgen und Alternativen zu Schwangerschaftsabbrüchen halten. „Wir erleben, dass vor dem Vortrag viele eher für Abtreibung bei gewissen Fällen sind“, etwa bei Vergewaltigung oder drohender Behinderung eines Kindes. Nach dem Vortrag seien die meisten aber dagegen, erzählt Mashkarynets. In der Vergangenheit war der Verein wegen seinen Schuleinsätzen schon mit Kritik konfrontiert – nicht zuletzt weil Föten aus Plastik verteilt wurden. Eine Steirerin hatte sich beschwert, dass ihr Kind nach dem Unterricht verstört nach Hause gekommen war. Der Landesschulrat strich den Verein von der Liste der Empfehlungen

## Bei Schuleinsätzen Föten aus Plastik verteilt: der Verein „Jugend für das Leben“.

für Schuleinsätze. Doch „Jugend für das Leben“ profitierte von der medial transportierten Causa: „Wir hatten danach mehr Aufträge als im Jahr davor“, erzählt Mashkarynets. Der Verein beschäftigt sich auch mit den Entwicklungen in anderen Ländern – etwa in den USA, wo vermehrt gegen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen vorgegangen wird. Was Pro-Choice-AktivistInnen hierzulande mit Sorge beobachten, ist für Pro-Life-AktivistInnen eine gute Nachricht. Mashkarynets: „Wir sehen mit einer ganz großen Freude und Hoffnung, dass sich wirklich was verändern wird, nachdem jahrzehntelang die Abtreibungslobby die Vorherrschaft gehabt hat. Vor allem in den USA, aber auch in unserem Lebensraum“. Durch Austausch und Vernetzung mit internationalen Organisationen wolle man auch für Österreich das Beste rausholen.

### IMPRESSUM

#### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

#### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),  
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander  
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari  
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria  
Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

#### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Nadia Baha, Eva Maria Bachinger,  
Sandra Keinberger, Nour Khelifi, Manfred Nowak,  
Lucia Pallas, Alexander Pollak, Phillipp Saurer,  
Martin Schenk, Bernadette Schönangerer, Zoran  
Sergievski, Philipp Sonderegger, Magdalena Stern,  
Train of Hope

**BUSINESS DEVELOPMENT:** Magdalena Summereder

**COVERBILD:** Mitko Javritchev

**LEKTORAT:** Magdalena Summereder

**ARTDIREKTION:** Mitko Javritchev

**LAYOUT-KONZEPT:** Theo Kammerhofer

**DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

**ANZEIGEN:** Katharina Hofmann-Sewera  
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

**ABOS:** Stefanie Humer, abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00-18

#### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

**AUFLAGE:** 40.000

#### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

**OFFENLEGUNG** gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeberin: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien  
Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller;  
Obmann: Max Koch  
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie  
und Migration  
ZVR: 22747570

#### SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590  
BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Migration. Der Nachdruck  
der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Über-  
sendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht,  
wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte  
der Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls  
kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



## SOZIALHILFE

# „Fair“ und „gerecht“?

Die umstrittene Novelle zur „Mindestsicherung Neu“ bringt teils drastische Kürzungen für die Betroffenen. Fünf exemplarische Beispiele belegen das.

ZUSAMMENGESTELLT VON MAGDALENA STERN  
ILLUSTRATIONEN: P.M. HOFFMANN

**G**eht es nach Bundeskanzler Sebastian Kurz, dann soll die Vereinheitlichung der Mindestsicherung „mehr Fairness und Gerechtigkeit“ bringen. Die Rede ist von „Anreizen“ die deutsche Sprache zu erlernen und davon, junge Menschen zu „motivieren, in den Arbeitsmarkt einzusteigen“. Da ist sie wieder, die positive Rhetorik, mit der die Bundesregierung ihre Vorhaben so gerne präsentiert. Tatsächlich kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Novelle teils drastische Kürzungen für Betroffene bringt. Wien hat deshalb bereits angekündigt, das Gesetz nicht nachzuvollziehen. Kurz' Replik Richtung Wien machte medial die Runde: „Ich glaube nicht, dass es eine gute Entwicklung ist, wenn immer weniger Menschen in der Früh aufstehen, um zu arbeiten, und in immer mehr Familien nur mehr die Kinder in der Früh aufstehen, um zur Schule zu gehen.“ Hans Rauscher kommentierte im Standard: „Dazu gäbe es einiges an Sachlichem zu sagen (zum Beispiel dass ein Teil der Mindestsicherungsbezieher sehr wohl arbeitet, aber wegen des geringen Verdienstes oder Arbeitslosengeldes die Hilfe als sogenannte „Aufstocker“ bezieht; oder dass ein Drittel Kinder sind).“ Auffällig ist, dass die Regierungspartner im Gesetzesentwurf nunmehr von „Sozialhilfe“ und nicht mehr von Mindestsicherung sprechen. Die Novelle orientiert sich am Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz von aktuell 885,47 Euro, das ist auch der höchste Betrag, den Einzelpersonen erhalten können. Dass die Begriffe „fair“ und „gerecht“ relativ sind, zeigt sich daran, dass es für Familien mit mehreren Kindern oder für Menschen mit fehlen-



Sozialneiddebatte auf dem Rücken der Betroffenen: Der überwiegende Teil der MindestsicherungsempfängerInnen sind „Aufstocker“; ein Drittel der BezieherInnen sind Kinder.

dem Bildungsabschluss bzw. Deutschkenntnissen unter Fremdsprachenmaturaniveau teils deutliche Kürzungen geben wird. Betroffen sind zehntausende Frauen, Männer und vor allem Kinder, die auf soziale Un-

## Ein Kürzungswettbewerb zwischen den Bundesländern ist jederzeit möglich.

terstützung angewiesen sind. Einer der zentralen Kritikpunkte ist, dass mit der Novelle Mindestbeträge abgeschafft werden. Kern der 2010 beschlossenen Mindestsicherung waren bundesweit einheitliche soziale Mindeststandards. Sie sollten den Betroffenen

ein Minimum an Menschenwürde gewährleisten und die finanziell Schwächsten absichern. Im vorliegenden Gesetzesentwurf sind diese Minimumstandards verschwunden. Festgelegt sind nur noch Höchstsätze, die nicht überschritten werden dürfen. Nach unten hin ist die „Sozialhilfe“ demgegenüber offen. Ein Kürzungswettbewerb zwischen den Bundesländern ist damit jederzeit möglich. Weitere Unsicherheiten werden durch diverse Kann-Bestimmungen im Gesetz geschaffen, die den Bundesländern begrenzte Aufschläge ermöglichen, aber nicht zwingend vorschreiben. Wir zeigen im Folgenden fünf Beispiele, welche Kürzungen die Novelle in diesen exemplarischen Fällen mit sich bringt. (red)

**BEISPIEL 1**

Eine Familie mit vier Kindern in Vorarlberg.

**BISHER**

Eine Familie mit vier Kindern bekommt bisher in Vorarlberg 1.689,78 Euro Lebensunterhalt (Geldleistungen) plus maximal 772 Euro Wohnkosten in Sachleistungen. So kommt eine Vorarlberger Familie mit vier Kindern derzeit auf maximal **2.461,78 Euro** Mindestsicherungsleistung im Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
1.689,78 €	max. 772 €	<b>max. 2.461,78 €</b>

**NEU (mit Pflichtschulabschluss/Deutschkenntnissen)**

Eine Familie mit vier Kindern, mit Pflichtschulabschluss bzw. ausreichenden Deutschkenntnissen, würde nach der neuen Regelung nur noch 1.186,53 Euro Lebensunterhalt (Geldleistungen) + maximal 495,86 Euro Wohnkosten (Sachleistungen) + maximal 504,72 Euro Wohnkostenzuschuss erhalten (falls das Bundesland einen solchen Zuschuss vorsieht). So würde die betreffende Vorarlberger Familie im besten Fall monatlich auf maximal **2.187,11 Euro** kommen, ein Verlust von **274,67 Euro** pro Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
1.186,53 €	max. 495,86 €	max. 504,72 €	<b>max. 2.187,11 €</b>

**NEU (ohne Pflichtschulabschluss/Deutschkenntnissen)**

Einer Familie mit vier Kindern, ohne Pflichtschulabschluss bzw. ohne ausreichenden Deutschkenntnissen, würden nach der neuen Regelung 35 Prozent „Arbeitsqualifizierungsbonus“ abgezogen. Sie würde insgesamt also 1.093,55 Euro bekommen sowie maximal 328,07 Euro Wohnkostenzuschuss (falls das Bundesland einen solchen Zuschuss vorsieht). Das ergibt im besten Fall **1.421,62 Euro**, ein Verlust von **1.040,16 Euro** pro Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Arbeitsqualifizierungsbonus	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
1.186,53 €	max. 495,86 €	minus – 588,84 €	max. 328,07 €	<b>max. 1.421,62 €</b>

Quellen: Vorarlberger Armutskonferenz, Michael Diettrich

**BEISPIEL 2**

Eine 55jährige Asylberechtigte in der Steiermark, die noch nicht gut Deutsch spricht und sich mit dem Lernen schwer tut. Sie spricht Deutsch auf A1-Niveau.

**BISHER**

Alleinstehende in der Steiermark erhalten derzeit 664,11 Euro (75 Prozent) für Lebensunterhalt und maximal 221,37 Euro (25 Prozent) für die Deckung der Wohnkosten.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
664,11 €	max. 221,37 €	<b>max. 885,48 €</b>

**NEU**

Da die 55jährige Asylberechtigte nur Deutsch auf A1-Niveau spricht und es durch ihre Lernschwäche unwahrscheinlich ist, dass sie das geforderte B1-Niveau schafft, werden ihr in Zukunft **309,91 Euro** (35 Prozent) „Arbeitsqualifizierungsbonus“ abgezogen. Sie käme somit auf nur noch **575,56 Euro** im Monat. Sollte sich die steirische Landesregierung dazu entschließen, den Wohnkostenzuschuss von 30 Prozent auszubezahlen, würde sie noch maximal 172,67 Euro dazubekommen. Im besten Fall wäre das Ergebnis also **748,23 Euro** im Monat, ein monatlicher Verlust von **137,25 Euro**. In der Steiermark werden im Moment keine gesonderten Zuschüsse für Wohnkosten gewährt. Wie das in Zukunft gehandhabt wird, ist offen.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Arbeitsqualifizierungsbonus	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
531,28 €	max. 354,19 €	minus – 309,91 €	max. 172,67 €	<b>max. 748,23 €</b>

Quelle: [www.verwaltung.steiermark.at](http://www.verwaltung.steiermark.at)



**BEISPIEL 3**

Subsidiär Schutzberechtigtes Paar (Mitte 30) mit einem Kind in Wien.

**BISHER**

Subsidiär Schutzberechtigte Menschen haben derzeit in Wien Anspruch auf Mindestsicherung. Das sind in Wien für ein Paar mit einem Kind maximal 1.235,24 Euro für Lebensunterhalt und maximal 332,04 Euro für Wohnkosten.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
1.235,24 €	max. 332,04 €	<b>max. 1.567,28 €</b>

**NEU**

Subsidiär Schutzberechtigte Menschen sollen laut dem Gesetzesentwurf der Regierung keinen Anspruch mehr auf Mindestsicherung haben. Sie fallen in die Grundversorgung. Laut Grundversorgungsgesetz würde die dreiköpfige Familie, wenn sie privat wohnt, nur noch maximal 300 Euro Mietzuschuss und bis zu 530 Euro Verpflegungsgeld erhalten, ein Verlust von **737,28 Euro** pro Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
530 €	max. 300 €	<b>max. 830 €</b>

Quellen: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

**BEISPIEL 4**

Eine 23jährige Frau mit erheblicher Behinderung lebt mit ihrer 54jährigen Mutter im gemeinsamen Haushalt in Wien.

**BISHER**

Eine volljährige Frau mit erheblicher Behinderung, die mit ihrer Mutter in Wien im gemeinsamen Haushalt lebt, bekommt derzeit 747 Euro für Lebensbedarf, 117 Euro für Wohnbedarf und 144 Euro Zusatzleistung aufgrund ihrer Behinderung. Die Mutter hat Anspruch auf 647 Euro für Lebensbedarf und 216 Euro für Wohnbedarf. Gemeinsam kommen sie auf maximal **1.871 Euro** im Monat.

**Tochter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Zusatzleistung	Gesamt
747 €	max. 117 €	max. 144 €	<b>max. 1.008 €</b>

**Mutter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
647 €	max. 216 €	<b>max. 863 €</b>

**NEU**

Laut dem Gesetzesvorschlag der Bundesregierung soll eine volljährige Frau mit erheblicher Behinderung, die mit ihrer Mutter (mit Pflichtschulabschluss bzw. guten Deutschkenntnissen) im gemein-

samen Haushalt lebt, in Zukunft nur noch maximal 362 Euro für Lebensbedarf und 242 Euro für Wohnbedarf bekommen. Die Zusatzleistung für Behinderung (155 Euro) ist genauso wie der Wohnkostenzuschuss (181 Euro) nur eine optionale Leistung. Die Mutter hätte laut Gesetzesvorschlag Anspruch auf maximal 362 Euro für Lebensbedarf und 242 Euro Wohnbedarf. Der Wohnkostenzuschuss von 181 Euro ist auch bei ihr optional. Werden sowohl Zusatzleistung als auch Wohnkostenzuschüsse gewährt, kämen die junge Frau und ihre Mutter im besten Fall auf maximal 1.725 Euro im Monat, ein Verlust von 146 Euro pro Monat.

**Tochter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Zusatzleistung	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
362 €	242 €	155 €	max. 181 €	<b>max. 940 €</b>

**Mutter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
362 €	max. 242 €	max. 181 €	<b>max. 785 €</b>

Quellen: Berechnung laut Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt auf

Basis der Sätze von 2018: [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

**BEISPIEL 5**

Erwerbstätige Aufstocker-Familie mit niedrigem Einkommen und zwei kleinen Kindern in Wien.

**BISHER**

Der Vater der Familie verdient in seinem Beruf als Hilfsarbeiter 1.300 Euro netto. Die Mutter hat kein Einkommen und betreut die zwei kleinen Kinder. Da das Gesamteinkommen der Familie somit unter dem Mindeststandard 1.806,36 Euro liegt, kann die Familie ergänzende Mindestsicherungsleistungen in der Höhe von 506,36 Euro im Monat in Anspruch nehmen.

**Mindestsicherung für Familie mit zwei Kindern:**

Regelleistung für Lebensbedarf (Erwachsene)	Regelleistung für Lebensbedarf (Kinder)	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
996,16 €	478,16 €	max. 332,04 €	<b>max. 1.806,36 €</b>

**NEU**

Eine Umsetzung des Gesetzesvorschlags, der eine Kürzung für Familien mit Kindern vorsieht, würde bedeuten, dass auch die Familie mit dem berufstätigen Vater verliert. Der Verlust beträgt im vorliegenden Fall bis zu **212,51 Euro** im Monat, sofern kein Ausgleich durch einen erhöhten Wohnkostenzuschuss stattfindet.

**Höchstsätze für Familie mit zwei Kindern:**

Regelleistung für Lebensbedarf (Erwachsene)	Regelleistung für Lebensbedarf (Kinder)	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
743,80 €	354,19 €	max. 495,86 €	<b>max. 1.593,85 €</b>

Quelle: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)



## KOMMENTAR

# Bis zum Wohnungsverlust?

Mit der „Mindestsicherung Neu“ wird das letzte Auffangnetz beseitigt. Statt Armut werden Arme bekämpft.

KOMMENTAR: SANDRA KEINBERGER, LUCIA PALLAS

**N**ach längeren hin und her steht nun der neue Mindestsicherungsentwurf der Regierung fest, der vor allem Kürzungen beinhaltet. Während 2011 der Begriff Mindestsicherung eingeführt wurde, um ihn von der Sozialhilfe abzugrenzen und den Rechtsanspruch darauf herauszustreichen, wird im neuen Entwurf wieder von Sozialhilfe gesprochen. Die politische Debatte selbst ist vor allem von rassistischen Zuschreibungen und der Darstellung von BezieherInnen der Mindestsicherung als „faule Sozialschmarotzer“ geprägt. Trotz massiver Kritik von ExpertInnen zeigt die Regierung keine Bereitschaft, ihren – vermutlich nicht rechtskonformen – Entwurf zu überarbeiten. Als SozialarbeiterInnen wären wir mit den Auswirkungen der Kürzungen direkt konfrontiert. Deshalb wollen wir unser politisches Mandat nutzen, um aufgrund unserer Expertise und Erfahrungen Stellung zu beziehen.

## Was passiert gerade?

Durch die geplanten Gesetzesänderungen wird die Grundidee eines letzten Auffangnetzes außer Kraft gesetzt. Etliche Personen wären von den Auswirkungen betroffen, besonders jene, die ohnehin schon eine schlechtere Ausgangslage haben. Das sind vor allem Alleinerzieherinnen (sowie Frauen generell), Kinder, MigrantInnen, „Randgruppen“ wie wohnungslose und/oder psychisch erkrankte Menschen sowie Menschen mit Behinderungen. Für sie wird es noch schwieriger, den Alltag zu bestreiten. Zu befürchten ist, dass die ohnehin steigenden Mieten für sie nicht mehr leistbar sind und damit mehr Menschen in die Obdachlosigkeit getrieben werden. Betroffen sind vor allem Menschen mit „nicht ausreichenden



„Wir SozialarbeiterInnen arbeiten dort, wo die Grenzen des Systems und seine Problemlagen sichtbar werden.“ S. Keinberger, L. Pallas

den Deutschkenntnissen“, die fortan von weniger als 600 Euro im Monat leben sollen. Die Arbeit im Sozialbereich ist bereits in vielerlei Hinsicht fordernd. SozialarbeiterInnen beschäftigen sich mit Menschen, die aufgrund unterschiedlicher persönli-

**Weil dem AMS Förderungen für Kurse gestrichen wurden, müssen KlientInnen diese Leistung nun allein erbringen.**

cher Erfahrungen sowie soziostruktureller Bedingungen von Armut betroffen sind und bereits jetzt vermehrt in diese gedrängt werden. Ein Grundpfeiler der Professionsethik Sozialer Arbeit ist es, Menschen darin zu unterstützen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstbestimmt leben zu können. Dafür braucht es professionelle Beziehungsarbeit, um Vertrauen und Stabilität erlangen

zu können. Das benötigt Zeit, die im Alltag aufgrund erschwelter struktureller Bedingungen fehlt. Viel (Arbeits-)Zeit wird schon jetzt in akute, existenzielle Krisen gesteckt. Diese Krisen werden sich häufen, wenn Menschen weniger Geld zur Verfügung haben und größerem Druck ausgesetzt sind, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Schon jetzt wird davon berichtet, dass sich der Ton gegenüber Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, verändert. Immer öfter berichten KlientInnen von schikanierenden Erfahrungen bei Ämtern. Weil dem AMS Förderungen für Kurse gestrichen wurden, müssen KlientInnen diese Leistung nun allein erbringen. In der Folge müssen sich SozialarbeiterInnen mit langen und häufig nicht nachvollziehbaren Geldsperren des AMS herumschlagen, das stürzt Menschen in prekäre Lagen und in psychische und existenzielle Krisen.



Durch die geplanten Gesetzesänderungen wird die Grundidee eines letzten Auffangnetzes außer Kraft gesetzt. Randgruppen wie wohnungslose Menschen sind besonders betroffen.

Ein weiteres Problem: Menschen mit Hauptwohnsitz in Wien werden unter Androhung von Geldsperren verpflichtet, sich im Saison-Gewerbe am anderen Ende Österreichs zu bewerben – die Pflicht zu arbeiten scheint hier über dem Grundrecht auf freie Wahl des Wohnortes zu stehen. Auch die langfristigen Konsequenzen spielen offenbar keine Rolle. Langjährig wohnungslose Personen, die endlich einen fixen, betreuten Wohnplatz gefunden haben, sollen diesen aufgeben und in ein anderes Bundesland ziehen. So wären sie nach einem Jobverlust erneut wohnungslos und müssten wieder ganz unten anfangen. Viel sinnvoller wäre es, Unterstützungsangebote zu erarbeiten, die sich an der individuellen Lebenssituation der Menschen orientieren. Davon sind wir momentan aber weit entfernt. Jetzt schon kommt es häufig vor, dass Personen unverhältnismäßig lange auf Bescheide vom Sozialamt warten müssen und somit über kein oder nur ein niedrigeres Einkommen verfügen, obwohl sie fristgerecht alle Unterlagen eingereicht haben. Mit der neuen Regelung soll die Bearbeitungsfrist aus dem Gesetz gestrichen werden. Damit wird es schwieriger, gegen Verzögerungen aktiv zu werden, die Folgen können bis zu Wohnungsverlust reichen. Die geplanten Änderungen zur Mindestsicherung sehen wieder vermehrt Sachleistungen vor, wodurch die einkommensbedingt ohnehin schon geringe Selbstbestimmung der Menschen an-

gegriffen wird. Auch die Freiheit, die den Ländern in Bezug auf die Gestaltung der Wohnzuschläge gegeben wird, führt nicht nur zu noch größeren finanziellen Unterschieden innerhalb Österreichs, sondern begünstigt auch behördliche Willkür. Die sozialarbeiterische Praxis wird damit zunehmend ein Kampf durch die immer enger werdenden behördlichen Strukturen.

## In den letzten Jahren haben sich unterschiedlichste Netzwerke im Sozialbereich gegründet.

### Armut erwünscht?

All diese Veränderungen finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern sind Ausdruck einer politischen Stimmung in der nicht Armut, sondern die Armen selbst bekämpft werden. Während AMS-Leistungen, die Menschen aus der Arbeitslosigkeit helfen sollen, gestrichen wurden, wird arbeitslosen Menschen – vor allem BezieherInnen von Mindestsicherung – Faulheit vorgeworfen. Die wirtschaftsliberale, unternehmensfreundliche Politik, die Kanzler Kurz vertritt und die durch Sozialabbau am Rand der Gesellschaft spart, wird durch den von der FPÖ wieder populär gemachten Begriff des „Sozialschmarotzers“ ergänzt. Das hat für Menschen, die auf sozial staatliche Leistungen angewiesen sind, verheerende Folgen. Einerseits müssen sie mit wenig Geld und

oft sehr schweren persönlichen Schicksalen zurechtkommen, andererseits nimmt auch die gesellschaftliche Stigmatisierung zu. Wer aus der Erwerbsarbeit herausfällt wird als „gescheitert“ angesehen und noch höherem Druck ausgesetzt. Während die Lebenshaltungskosten steigen, werden jene, die ihre Arbeit verlieren wieder, zu Bittstellern degradiert. Dazu passt auch, dass im neuen Entwurf der Regierung wieder von „Sozialhilfe“ statt von Mindestsicherung gesprochen wird.

### Aus der Ohnmacht austreten

Wir SozialarbeiterInnen arbeiten dort, wo die Grenzen des Systems und seine Problemlagen sichtbar werden. Für uns sind Kürzungen bei Sozialleistungen und Angeboten nicht einfach abstrakte Zahlen, sondern reale Menschen und deren Lebenslagen. Wir können und wollen nicht zusehen, wie dort gespart wird, wo ohnehin schon immer wenig vorhanden war. Gute Sozialarbeit setzt voraus, dass Möglichkeiten da sind – auf einer strukturellen, wie auch individuellen Ebene. Wenn diese Möglichkeiten zerstört werden, können wir nichts weiter tun als Elend zu verwalten. Das steht sowohl der humanistischen Grundhaltung, als auch dem kritischen Blick der Sozialen Arbeit fundamental entgegen. Im Sozialbereich tut sich daher etwas. Viele SozialarbeiterInnen wollen diese Politik der neoliberalen, rassistischen Ausschüsse nicht mittragen. In den letzten Jahren haben sich unterschiedlichste Netzwerke im Sozialbereich gegründet. Zum Beispiel das kritische Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit von Sozialarbeitsstudierenden, oder auch Raum für Alle, das Bündnis Flüchtlingsarbeit in Wien, Sozial Aber nicht blöd in Wien und Linz, sowie Resilienz in Innsbruck. Für alle die in diesen Bündnissen aktiv sind ist klar, dass es solidarisches Handeln der SozialarbeiterInnen untereinander und solidarisches Handeln mit den KlientInnen braucht. Wir werden nicht schweigen, sondern gemeinsam gegen die Kürzung der Mindestsicherung und die Zerschlagung des Sozialstaates eintreten.

*Sandra Keinberger ist Sozialarbeiterin in der Wohnungslosenhilfe in Wien.*

*Lucia Palas ist Sozialarbeiterin in der Wohnungslosenhilfe in Wien und aktiv beim „Kritischen Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit“ (KNAST) und „Raum für alle“.*

## INTERVIEW

# Nicht jeder kommt freiwillig

Es gibt keinen typischen männlichen Gewalttäter, ist die Erfahrung von Christian Scambor. Der Verein für Männer und Geschlechterthemen in Graz hat bei seiner Anti-Gewaltarbeit mit Männern aller Bildungs-, Altersgruppen und Nationen zu tun. Kulturelle Unterschiede beobachtet er dennoch.

INTERVIEW: NADIA BAHA

**Anfang des Jahres wurden innerhalb kürzester Zeit mehrere Frauen in Österreich ermordet. In Politik und Medien wurde daraufhin über die Täter und auch Gewaltprävention diskutiert. Welche Männer kommen eigentlich in Ihre Einrichtung?**

Wir sind eine Männerberatung, eine Fachstelle für Anti-Gewaltarbeit. Wir arbeiten mit männlichen Jugendlichen, etwa, wenn es um Rollenbilder geht, da sind wir auch an Schulen aktiv. In der Beratung für Männer liegt der Fokus auf Themen der Trennung, auf Scheidung und Obsorge, aber auch auf Deeskalation. Im Bereich Gewaltarbeit kommen verschiedene Männer und männliche Jugendliche zu uns, oftmals, weil sie müssen. Es kann schon sein, dass jemand aus freien Stücken kommt, weil er seine Beziehung retten will. Aber wieviel Freiwilligkeit wirklich gegeben ist, lässt sich schwer sagen. Mehr als die Hälfte der Männer kommt von sich aus oder weil es ihnen die Polizei empfiehlt. Zum Beispiel, wenn ein Betretungsverbot über sie ausgesprochen wurde. Ein Mann, der von der Wohnung weggewiesen wurde, ist nicht verpflichtet, zu einer Beratung zu gehen. Aber viele wissen von der Möglichkeit, oder PräventionsbeamtInnen geben ihnen unsere Visitenkarte, quasi ein „behördlicher Schubser“.

**Hilft so ein „Schubser“ tatsächlich, um Männer zu einem Gespräch zu bewegen?**

Ja, weil ja auch Interessen bei den Männern bestehen. Es kann durchaus sein, dass die Kinder- und Jugendhilfe Männer dazu bewegt, zu uns zu kommen, etwa, wenn es um das zukünftige Besuchsrecht geht. Es ist sogar möglich, dass Frauen bereits im Frauenhaus sind, und Männer zur Beratung vermittelt werden, sofern sie Interesse an einer



„Mehr als die Hälfte der Männer kommt von sich aus oder weil es ihnen die Polizei empfiehlt. Zum Beispiel, wenn ein Betretungsverbot ausgesprochen wurde“, Christian Scambor.

konstruktiven Lösung haben. Das kann bedeuten, eine gute Trennung zu schaffen, weiter Kontakt zu den Kindern zu haben oder vielleicht sogar, die Beziehung weiter zu führen. Wir können in Kooperation mit dem Frauenhaus an solchen Lösungen arbeiten. Und natürlich haben wir auch mit Männern zu tun, die die Gerichte zu schicken, die also nicht freiwillig kommen, zum Beispiel, nachdem sie aus der Haft entlassen

werden. Die Bandbreite ist also groß. Die Diskussion im Jänner hat sich aber fast nur um die Wegweisung bzw. das Betretungsverbot gedreht.

**Erhalten Sie Informationen von der Polizei über die Männer, mit denen Sie zu tun haben?**

Das ist ein Problem: Im Moment ist es so, dass die Polizei Daten über Täter nicht an





Männer müssen lernen, Verantwortung zu übernehmen. Es geht darum, dass nicht bagatellisiert wird oder dass Rechtfertigungen vorgeschoben werden wie: „Sie hat mich ja provoziert.“

Einrichtungen wie unsere weitergeben darf. Wir können von uns aus nicht aktiv werden, also niemanden anrufen und zu uns einladen. Die drei Säulen des Gewaltschutzes sind: Unterstützung der Opfer, Unterstützung der Kinder und Täterarbeit. Dabei wäre es sehr hilfreich, wenn hier die Daten weitergegeben werden könnten. Das ist auch ein Teil des Maßnahmenkatalogs. Rasche Termine bei Männerberatungsstellen wären eine gute Sache, weil sie möglicherweise das Risiko für weitere Gewalthandlungen senken können.

Gewaltarbeit unterscheidet sich von einer Beratung darin, dass sie unter dem Opferschutzgedanken abläuft. Es geht darum, möglichst vernetzt an einem Fall zu arbeiten. Mit den heutigen Datenschutzgesetzen geht es aber nur so, dass alle Beteiligten der Weitergabe ihrer Daten zustimmen müssen. Es ist zwar mühsam, aber wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass es sinnvoll ist, dass sich Täterarbeit und Opferschutz vernetzen dürfen.

### Wie geht es weiter, wenn Sie ein Mann kontaktiert?

Nehmen wir einen Mann, der nach einem Betretungsverbot zu uns kommt. Nach einer Erstabklärung schauen wir, dass er möglichst schnell zu einem Case Manager, also einem Sozialarbeiter oder einer Sozialarbeiterin, kommt. Nach der Verschwiegenheitsentbindung kann die Vernetzung mit anderen Einrichtungen stattfinden. Danach gibt es eine Clearingphase. Wie ist der psychische Zustand? Befindet sich der Mann in

einer Krise? Gibt es Persönlichkeitsprobleme? Wie hoch ist das Risiko einzuschätzen? Dazu brauchen wir auch die Perspektive der Partnerorganisationen. In weiterer Folge gibt es ein Vorgespräch bei einem Trainer, der bei uns in Graz die Gruppe anleitet. In den Regionen sind es eher Einzelsettings.

### Die patriarchale Problematik hat Ähnlichkeiten über verschiedene Kulturen hinweg.

Da wird dann konkret an der Gewalt gearbeitet, wir versuchen, eine Einstellungs- und Verhaltensänderung herbeizuführen.

### Wie sieht so ein Training konkret aus?

Ein Training besteht aus 30 Sitzungen und läuft über mehrere Monate. Das kann in der Gruppe oder als Einzelsetting stattfinden, ein Mal wöchentlich, zwei Stunden. Mit den TrainerInnen werden verschiedene Themen durchgearbeitet. Was ist als Gewalt

anzusehen? Wo beginnt Gewalt? Wie wird Gewalt definiert? Wir thematisieren, dass es auch psychische und ökonomische Gewalt gibt, nicht nur körperliche oder sexuelle. Es geht letztlich auch darum, Verantwortung zu übernehmen. Was ist meine Verantwortung bei Gewaltausübung? Es geht darum, dass nicht bagatellisiert wird oder dass Rechtfertigungen vorgeschoben werden, wie etwa „Sie hat mich ja provoziert.“

Ganz wichtig sind auch Time-Out-Techniken. Wenn man Wut oder Ärger verspürt, kann man eine Möglichkeit erarbeiten, die Situation zu verlassen um nicht gewalttätig zu handeln. Dafür wird auch die Selbstwahrnehmung thematisiert: Fühle ich Warnsignale? Und es geht um Geschlechterbilder, wie das Verhältnis von Männern und Frauen sein sollte. Gewalt ist oft auch stark mit Stereotypen verknüpft.

### Was passiert nach dem Training?

Es besteht die Möglichkeit einer Nachbetreuung. Ein- bis zweimal im Jahr werden Termine für Nachbetreuungsgruppen vorgeschlagen. Meistens nehmen die Männer aber Einzelbetreuung in Anspruch. Sie erinnern sich, dass ihnen das Training genützt hat und wenn sie wieder ein Problem haben, kontaktieren sie die SozialarbeiterInnen oder TrainerInnen direkt. Sie wissen, dass sie das können und auch sollen. Wir versuchen, für jeden Mann die passende Möglichkeit der Intervention zu finden und das Angebot möglichst niederschwellig zu halten. Was die Schwelle etwas erhöht, ist die schon erwähnte Verschwiegenheitsentbindung. Wir versuchen aber alles so zugänglich wie möglich zu halten.

### Gibt es auch die Möglichkeit, das Umfeld in die Therapien einzubeziehen?

Durch das vernetzte Arbeiten ist das dann eher im Netzwerk möglich. Daraus ergeben sich aber Schwierigkeiten. Wer koordiniert das alles? Aber durch die erwähnten Kooperationen ist die systemische Perspektive

Burschenarbeit als wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung.



sowieso immer da. Bei den Paargesprächen bzw. Klärungsgesprächen mit dem Frauenhaus geht es darum, die nächsten Schritte zu planen und zu schauen, was insgesamt gebraucht wird, um eine gute Lösung zu finden, die auch in einer guten Trennung bestehen kann.

### Könnte ein ehemaliger Täter bei Ihnen eine Gruppe anleiten?

Nein, wir verstehen uns nicht als Selbsthilfegruppe, sondern als professionelle Organisation. Bei uns arbeiten PsychotherapeutInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen.

### Spielt bei der Arbeit auch der kulturelle oder sprachliche Hintergrund eine Rolle?

Ja, besonders der sprachliche Hintergrund. Das ist eine spannende Frage, weil die Männer von den patriarchalen Einstellungen und Haltungen her ohne weiteres gut in eine Gruppe passen würden. Die patriarchale Problematik hat Ähnlichkeiten über verschiedene Kulturen hinweg, auch wenn es natürlich kulturelle Unterschiede gibt. Was vielleicht anders ist, dass viele österreichische Männer nicht mehr so frei von der Leber äußern, dass sie Gewalt ausüben. Die äußern sich vielleicht vorsichtiger. Wenn jemand erst kürzlich nach Österreich gekommen ist und aus einer sehr patriarchalen Gesellschaft kommt, hinterfragt er vielleicht seine Haltung in diesem Kontext nicht so sehr. Das alleine wäre aber kein Grund, an der Gruppe nicht teilnehmen zu können. Wenn die Männer gut genug Deutsch sprechen, klappt das. Häufig gibt es das Problem, dass man bei Leuten, die nicht so gut Deutsch sprechen, mit Dolmetschern arbeiten muss. Weil das in der Gruppe schwierig ist, wird mit ihnen in Einzelsettings gearbeitet. Die Interventionen sind oft auch kürzer und beschränken sich meist auf die Vermittlung von Informationen. Etwa über gewaltfreie Erziehung, oder wie Gewalt den Kindern schadet. Welche Funktionen Behörden haben. Und warum das Jugendamt aktiv wird. Bei einem Teil der Männer kommen Traumatisierungen und Kriegserfahrungen dazu, was sie natürlich instabil macht und noch einen weiteren Risikofaktor darstellt. Muttersprachliche Therapie wäre nötig, aber da gibt es leider wenige Angebote.

### Wie versuchen Sie, sprachlichen Schwierigkeiten zu meistern?

Wir können mit Beratung und Dolmetsch bis zu einem gewissen Punkt helfen. Danach vermitteln wir an Vereine wie z.B. Zebra



Beim „Boys Day“ werden alternative Berufe für Burschen und Männer gesucht.

oder Omega, die muttersprachliche Psychotherapien für Geflüchtete anbieten. Natürlich gibt es überall nicht genug Angebote.

### Die Männerberatung gibt es seit 1996 in Graz. Beobachten Sie Veränderungen?

Aus der Praxis fallen mir keine großen Unterschiede auf. Es sind unterschiedlichste Männer vertreten, was Bildungsabschlüsse, Nationen, ökonomische Hintergründe oder das Alter betrifft. Durch die digitalen Medien gibt es heute natürlich andere Ausformungen, etwa bei Stalking oder in-

### Muttersprachliche Therapie wäre notwendig, aber da gibt es leider wenige Angebote.

ternetbasierten Missbrauchsabbildungen, das ist schon dazugekommen. Aber insgesamt beschäftigen wir uns immer noch mit denselben Themen: Wie sehen Männer sich selbst? Wie ist Macht und Kontrolle in einer patriarchalen Gesellschaft organisiert? Wie färbt das auf die Leute selbst ab? Das Muster „Mann fühlt sich – in einer kommunikativen Situation – machtlos und versucht mit dem letzten Mittel der Gewalt seine Position – in der Beziehung – wieder herzustellen“, das hat sich nicht verändert. Ein Muster über Jahrhunderte hinweg, mit dem wir uns als Gesellschaft und in der Gewaltarbeit auseinanderzusetzen haben.

### Wie sollte die Politik auf das Problem reagieren?

Total wichtig wäre die Möglichkeit, muttersprachlich oder über Dolmetscher zu intervenieren. Das ist ein großes Problem, weil wir da jetzt improvisieren müssen. Es wäre schon in der Ausbildung notwendig, in Hinblick auf Sozialarbeit Männer aus anderen Ländern stärker einzubeziehen, die mehrsprachig sind und kulturelle Kompetenz mitbringen. Da gibt es in den psychosozialen Berufen leider noch ganz wenige. Deshalb wäre es sinnvoll, bei der Ausbildung Schienen zu legen, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund Zugang zu diesen Berufen zu ermöglichen. Ganz wichtig ist auch die Fallkoordination, die Vernetzung mit unterschiedlichen Behörden. Prozesse gelingen dann, wenn alle zusammenarbeiten. Ein Punkt sind auch die Ressourcen. Sobald wir uns mit Opfer-schutzeinrichtungen vernetzen, löst das bei diesen mehr Arbeitsaufwand aus. Diese Prozesse sollten zusammengedacht werden. Wichtig sind natürlich auch Präventivmaßnahmen an Schulen, „Heroes“ ist ein bekanntes Beispiel. Das sind die besten Möglichkeiten, Gewalterziehung zu betreiben. Ein Gruppenteilnehmer hat das neulich ebenfalls so geäußert: „Warum hört man das nicht schon alles in der Schule?“ Es wäre sehr sinnvoll, die Anti-Gewalterziehung breit aufzustellen und in den Schulunterricht zu integrieren.

*Nadia Baha ist Schreiberin, Satirikerin, Mensch. Als DJ(ane) DEWA Teil des „Kabarett-Kollektivs Hut Ab! mit Band Lunar Confusion“.*





Eine beeindruckende Zahl von Initiativen setzt sich in Vorarlberg für eine humane Flüchtlingspolitik ein...

## ZIVILGESELLSCHAFT

# Aufstand im Ländle

In Vorarlberg fühlen sich viele, die sich seit 2015 ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, von der harten Abschiebepolitik der Bundesregierung vor den Kopf gestoßen. Rund um die Sonntagsdemos formierte sich ein Netzwerk, das eine menschlichere Asylpolitik fordert.

TEXT: BERNADETTE SCHÖNANGERER

**I**n der Vorarlberger Bevölkerung hat es große Emotionen ausgelöst, dass Leute, die gut integriert sind, einen Job haben und hier auch gebraucht werden, plötzlich morgens um 6 Uhr früh in Handschellen abgeführt werden und abgeschoben werden sollen“, sagt Burkhard Walla. Gemeinsam mit Pfarrer Christian Stranz hat er im Jänner in Dornbirn eine Sonntagsdemonstration organisiert. Zwei besonders aufsehenerregende Abschiebefälle lösten im Ländle eine Welle des Protests und eine Diskussion um das humanitä-

re Bleiberecht aus: In Sulzberg kollabierte eine schwangere Frau bei einer versuchten Abschiebung, sie wurde von ihrem Mann

**„Nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch laut Gegenposition beziehen.“  
Burkhard Walla.**

und ihrem dreijährigen Kind getrennt. Und in Lustenau riss man einen Kochlehrling nach sechs Jahren in Österreich aus seinem Umfeld und schob in von ei-

nem Tag auf den anderen nach Pakistan ab. Die zunehmend unmenschliche Politik und die von der Regierung vorangetriebene Polarisierung, die geflüchtete Menschen pauschal als „Illegale“ bezeichnet und die negative Stimmung, die gegen sozial Benachteiligte aufgebaut wird, waren für Burkhard Walla der Anlass „nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch laut Gegenposition zu beziehen.“ Den Anstoß, selbst aktiv zu werden, gaben die Sonntagsdemonstrationen, die Klaus Begle im November in Hohenems initiiert hat-





... und protestiert gegen die Abschiebung von gut integrierten Lehrlingen.

te und die bis Jahresende wöchentlich in Hohenems, dann parallel auch in Rankweil und Bregenz stattgefunden haben. Für Klaus Begle, Psychiater und ÖVP-Gemeindevorteiler in Hohenems, der selbst zwei afghanische Pflegesöhne aufgenommen hat, gab es mehrere Gründe, in die Öffentlichkeit zu gehen. Einerseits, so erzählt er, war es die Stimmungsmache gegen Organisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ und andere NGOs, die Flüchtlinge unterstützen, andererseits die Tatsache, dass Menschen, die hier angekommen sind und „Wurzeln geschlagen“ haben, jetzt abgeschoben werden sollen. Das ist für Begle „menschlich und sachlich Unsinn“, da habe er den Mund nicht mehr halten können – auch wenn er sich dadurch Feinde mache.

### Dem Ländle reicht's

Organisiert und koordiniert werden die Sonntagsdemos mittlerweile von der Plattform „Uns reicht's“, einem überparteilichen, zivilgesellschaftlichen Bündnis. Eigentlich schon seit Regierungsantritt, spätestens jedoch seit dem Sommer, als immer wieder

NGOs und Freiwillige in der Flüchtlingsarbeit verunglimpft wurden, gab es bei vielen Initiativen das Bedürfnis, sich zu vernetzen und gemeinsam aktiv zu werden, erklärt Katharina Leissing. Sie ist die Sprecherin der Plattform und Geschäftsführerin der IG Kultur in Vorarlberg. Auch sie tut das „aus persönlicher Überzeugung,

**„Aus persönlicher Überzeugung, aus Empörung und Wut aktiv geworden.“  
Katharina Leissing**

aus Empörung und Wut“, wie sie sagt, und auch, um „gegen das Gefühl der Ohnmacht über die Dinge, die unter dieser Regierung passieren“, anzutreten.

Zur Zeit, als man sich zu einem ersten Treffen in Hohenems versammelte, fand auch die erste Sonntagsdemonstration statt. Mit der Plattform, die man kurzerhand „Uns reicht's“ benannte, sollten die Kräfte gebündelt werden. Man beschloss, die Sonntagsdemonstrationen, die zunächst bis Weihnachten geplant waren, auch im neu-

en Jahr fortzuführen. Das Interesse wuchs, bald kamen auch Menschen von außerhalb auf Leissing zu, die die Plattform unterstützen oder selbst Demos organisieren wollten. Nach und nach haben sich verschiedene lokale Teams gebildet, die nun alle zwei Wochen an unterschiedlichen Orten in Vorarlberg Sonntagsdemonstrationen veranstalten.

### Flucht-Punkt-Ländle

Bereits 2016 hatte sich die Gruppe Flucht-Punkt-Ländle organisiert. Das ist eine Initiative von privat in der Flüchtlingsarbeit engagierten Menschen in der Region um Götzis, einer beschaulichen Gemeinde mit 12.000 Einwohnern, die man sonst von den dort ausgetragenen Mehrkampf-Meetings kennt. Für die Demonstrationen stellte die Gruppe kurzerhand ihre Website zur Verfügung, um die Demos dort anzukündigen. In einem kleinen Land wie Vorarlberg vernetzt man sich eben ganz unkompliziert, sagt Christine Böhmwalder. Sie hat gemeinsam mit ihrem Mann mehrere geflüchtete Jugendliche in einer Art Paten-

schaft unterstützt und die Gruppe Flucht-Punkt-Lände mitinitiiert. Alles begann mit einer Protestaktion gegen Abschiebungen in Kriegsgebiete. Die AktivistInnen versandten jeden Tag Postkarten mit den persönlichen Geschichten geflüchteter Menschen an das Innenministerium – oder steckten sie an heliumgefüllte Luftballons, die ins Ungewisse davonschwebten. Böhmwalder ist es wichtig, die Leute, die ansonsten nur ganz abstrakt zum Thema der Politik werden, aus der Anonymität zu holen. Die Initiative plant ihre Aktionen ganz bewusst mit den geflüchteten Menschen, um dabei deren Geschichten in den Vordergrund zu bringen und abstrakten Feindbildern etwas entgegenzuhalten. 2018 veranstaltete man gemeinsam mit der Gruppe Plan W in der Marktgemeinde Wolfurt und in Bludenz ein „Seifenblasenfest für Flüchtlingsträume“, wobei die Seifenblasen, die platzenden (Lehrlings-)Träume der jungen Menschen symbolisieren sollten. Gleichzeitig startete man eine Petition und eine Briefaktion an Bundeskanzler Sebastian Kurz, mit der Forderung: „Keine Abschiebung von Lehrlingen“. Das traf auf viel Unterstützung, sagt Böhmwalder, auch bei der Wirtschaft. Das Bild, das KritikerInnen der Sonntagsdemonstrationen von „links-linken Demonstranten“ bemühen,

stimme so nicht, erklärt Burkhard Walla. Es sei eine „Bewegung der Mitte“, die sich in Vorarlberg für eine menschlichere Politik einsetzt. Getragen von einer christlich-sozialen Gesellschaftsschicht, die von verschiedenen Milieus getragen wird. In Dornbirn und Rankweil hat man sich beispielsweise mit der Kirche kurzgeschlossen; und auf den Sonntagsdemos finden sich

### Es ist eine Bewegung der Mitte, die sich in Vorarlberg für eine menschlichere Politik einsetzt.

Leute aus der ÖVP ebenso wie UnternehmerInnen, die sich gegen die Abschiebung von Lehrlingen und anderen Arbeitskräften in Mangelberufen aussprechen.

#### „Wütende Bürger“ vs Sebastian Kurz

Eine Woche nach der ersten Sonntagsdemonstration hatte eine Veranstaltung des Vorarlberger Landtages, zu der auch Kanzler Kurz eingeladen war, für einigen Medienrummel gesorgt. Von „Tumulten“ und „wütenden Bürgern“, die Kurz den Weg versperrten, war zu lesen. Eine Konfrontation, die so nicht geplant gewesen sei, erzählt Klaus Begle. Doch als Kurz, der mit Verspätung eintraf, nach einem kurzen State-

ment die Veranstaltung wieder verlassen wollte, ohne auf die jüngsten Abschiebefälle einzugehen, hatten er und andere im Saal eine Diskussion mit dem Kanzler eingefordert. „Seine Bodyguards waren ziemlich verunsichert“, lacht Begle, „ob der gute Begle jetzt handgreiflich wird oder nicht.“ Dabei habe er nur gestikuliert. Es habe ihn einfach wütend gemacht, dass ein „Bürgerdialog zu den Zukunftsfragen der Europäischen Union“ angekündigt worden war, und dann die Themen Asyl und Migration, auf die Kurz seine Kanzlerschaft ja aufgebaut habe, nicht angesprochen wurden. Am Ende hatte sich Kurz dann doch den Fragen des Publikums gestellt. Eine politische Verantwortung für die Abschiebefälle wies er allerdings von sich. Kurz argumentierte, dass keine dieser Entscheidungen von einem Politiker getroffen worden sei, und dass die Gesetze aus einer Zeit lange vor seiner schwarzblauen Regierung stammen würden. Dass Kurz sich dann doch einer Diskussion gestellt hatte, respektiert Begle, die Antworten, die der Kanzler gab, findet er allerdings „unbefriedigend“. Man kann, so Begle, die Probleme nicht allein auf die Abschiebepaxis schieben, sondern müsse auch über die rechtlichen Rahmenbedingungen sprechen. Das Problem sieht Begle einerseits darin, die Beweislast den geflüchteten Menschen zuzuschieben. Von ihnen wird erwartet, mit Dokumenten zu belegen, dass sie verfolgt werden. Andererseits sei die Länderdokumentation zu hinterfragen, wenn sich diese auf „einseitige und unsachliche“ Gutachten stützt. Etwa jene des umstrittenen und mittlerweile aus der Gutachterliste gestrichenen Karl Mahringer, auf deren Basis Österreich Rückschiebungen nach Afghanistan durchführt. Eine große Gefahr für faire Asylverfahren sieht er in der geplanten Abschaffung der unabhängigen Rechtsberatung durch Caritas und Diakonie, die durch eine bundeseigene Betreuungsgagentur ersetzt werden soll.

#### Bund vs Länder

Nach dem Fall in Sulzberg hat sich eine politische Diskussion über die Mitsprache der Länder in Fragen des Aufenthaltsrechts entsponnen. Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner forderte, den Bundesländern wieder die Kompetenz einzuräumen, humanitäres Bleiberecht auszusprechen. Die Bundesregierung in Wien lehnt das jedoch ab. Seit im Jahr 2014 die Kompetenz von den Ländern zum Bund zurückgewandert ist, werden die Entschei-

„Seifenblasenfest für Flüchtlingsträume“: Die Seifenblasen symbolisieren die platzenden (Lehrlings-)Träume der jungen Menschen.







Sonntagsdemos im Ländle, bis Mai 2019 sind die Termine für weitere Protestzüge bereits festgelegt.

dungen von Wien aus getroffen. Auf der Landeshauptleutekonferenz im November 2018 fand sich keine Mehrheit für eine Forderung, diese Regelung wieder zu ändern. Immerhin richtete man einen Appell an die Bundesregierung, eine „höhere Sensibilität“ walten zu lassen. Tirols LH Günther Platter kann sich eine Regelung vorstellen, wonach AsylwerberInnen trotz negativen Bescheids ihre Lehre abschließen können. Offene Unterstützung erhielt Wallner für seinen Vorstoß bislang also nicht, dennoch hoffte Peter Kaiser, dass „das letzte Wort“ in dieser Frage noch nicht gesprochen sei. In Vorarlberg war das zivilgesellschaftliche Engagement in der Flüchtlingsbetreuung 2015 von Sei-

ten der Landesregierung durchaus gefördert worden. Die Flüchtlingsarbeit ist dezentral und familiär organisiert und „in die Gemeindestrukturen und Vereine hineingewachsen“, so Klaus Begle. Für seine Kri-

### Konflikt über humanitäres Bleiberecht: ein Beispiel, wie die Kompetenzen der Bundesländer eingeschränkt wurden.

tik an der Asylpolitik der Bundesregierung sieht Begle durchaus auch Rückhalt in der eigenen Partei, denn die ÖVP in Vorarlberg sei „schwarz geblieben und nicht türkis geworden“. Der Konflikt über das humanitä-

re Bleiberecht sei freilich das beste Beispiel, wie die Kompetenzen der Bundesländer eingeschränkt wurden. Statt den „Dialog der Mitte“ zu suchen, würden Entscheidungen zentralisiert, um Maßnahmen möglichst schnell umsetzen zu können, glaubt Begle: „Denn wenn viele mitreden, geht es langsamer“. In Vorarlberg bleibt hingegen der Anspruch, weiterhin mitzureden. Hier fehlt das Verständnis, Menschen, die hier Fuß gefasst haben, abzuschieben. Bis Mai sind die Termine für weitere Sonntagsdemonstrationen bereits festgelegt.

Bernadette Schönangerer ist Redakteurin der Zeitschrift MALMOE.

Foto: Fabian Ruedisser

**In Zeiten wie diesen eine starke BUNTE AK**

Beteiligen Sie sich an der

**BDF** **AK WAHL 2019**

Bunte Demokratie für Alle Liste 11 WIEN 20.03. BIS 02.04.

**AK-WAHL 2019**  
LISTE 4 **AUGE/UG**

**ZUSAMMENHALTEN. GERADE JETZT.**

**DAMIT SPALTUNG UND HETZE KEINE CHANCE HABEN.**

**AUGE/UG**  
Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen

WWW.AUGE.OR.AT



## POPULÄR GESEHEN

Der Blick-  
wechseltest

Ibsens „Nora“ genießt eine Freiheit, die nicht auf Augenhöhe basiert. Das kennen wir aus Situationen, wo Menschen von der Laune Anderer abhängen. Egal ob beim Sozialamt oder in der Schule.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

Nora lebt mit ihrem Ehemann Torvald im gemeinsamen Eigenheim. Torvald behandelt Nora wie ein Püppchen, mit dem er spielen kann, er nennt sie „Eichkätzchen“ und „Singerle“ und nimmt sie genauso wenig ernst wie früher ihr Vater. Nora lebt ihr Leben, muss aber stets ihren Mann um Erlaubnis fragen. Der Philosoph Philipp Pettit erläutert anhand von Ibsens Theaterstück, was er „Freiheit als Nichtbeherrschung“ nennt. „Um eine freie Person zu sein, muss man über die Fähigkeit verfügen, bestimmte wesentliche Entscheidungen zu treffen, ohne die Erlaubnis eines anderen einholen zu müssen.“ Gerechte Freiheit bedeutet, Anderen auf Augenhöhe begegnen zu können und den Einfluss anderer Menschen nicht fürchten zu müssen. Nora braucht, um „frei“ zu sein, nicht bloß das Fehlen von Einmischung, sondern auch das Fehlen von Beherrschung. Natürlich ist es besser, wenn man mit Nachsicht und Wohlwollen behandelt wird, als mit Bösartigkeit konfrontiert zu werden. Wenn man dann schlechter Behandlung entgeht, „kann man sich aber nur zu einem glücklichen Schicksal gratulieren und nicht zu Freiheit“ (Pettit). Der Sklave, der sich selbst dazu gratuliert, wie frei ihn doch sein glückliches Schicksal oder sein scharfer Verstand macht, ist in antiken römischen Komödien nur eines: eine Witzfigur. Noras Zwangslage kennen wir aus Situationen, wo Menschen von Lust und



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Laune eines anderen abhängen: das kann passieren auf dem Sozialamt, in der Schule, in der Arbeit, am AMS, in einem Heim. Überall dort, wo Machtverhältnisse bestehen, wo wir auf das Wohlwollen des Anderen angewiesen sind, der Gnade anderer ausgeliefert. „Es ist auch die ganze existenzielle Bedrohung, nie wissen, was entscheidet die Regierung, mich nicht mehr wehren können, weil ich nicht gesund werde, ich bin da komplett angewiesen“, das erzählt eine ältere Frau angesichts der aktuellen Sozialkürzungen: „Es fühlt sich alles nur mehr existenziell an.“ Solange beispielsweise Armutsbetroffene und Kranke nicht hinreichend abgesichert sind, werden sie sich in einer Lage befinden, in der sie auf das Wohlwollen der Mächtigeren angewiesen sind. Das weist uns auf den Wert sozialer und politischer Regelungen hin, die beispielsweise in Noras Milieu noch nicht existiert haben. Zwischen dem Starken und dem Schwachen, zwischen dem Reichen und dem Armen, zwischen dem Herrn und dem Diener ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Recht, das befreit. Wie erkennt man „gerechte Freiheit“? Pettit schlägt hier den „Blickwechsel Test“ vor: sich ohne Grund zur Angst oder Ergebenheit in die Augen schauen zu können.

## SONDERECKE

Sind die  
Menschenrechte  
noch zeitgemäß?

Schon immer wehrte sich nationale Politik gegen die Begrenzung ihrer Machtgelüste durch internationales Recht.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT  
PHILIPP SONDEREGGER  
Illustration: Petja Dimitrova

Die Konventionen sind nicht mehr zeitgemäß“, lautet die verschämte Parole, mit der Manche die Menschenrechte zurückfahren wollen: Das Flüchtlingsrecht stamme aus einer ganz anderen Zeit, die Welt habe sich verändert, die Flüchtlinge seien mobiler, zahlreicher und der nächste Schlepper nur einen Mausklick entfernt. So einleuchtend der Befund aufs Erste klingt, dem Realitätscheck hält dieses Narrativ nicht stand.

Der internationale Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz ist ein Kind der Nachkriegszeit. Der Flüchtlingskonvention ist Österreich 1955 beigetreten, der Europäischen Menschenrechtskonvention 1958. Das Internet ist nicht die erste Medienrevolution, die das Vertragswerk überdauert hat. Lange bevor sich 40.000 Syrienflüchtlinge mit Smartphones nach Österreich aufmachten, trat der Fernsehapparat seinen Siegeszug durch die Wohnzimmer an. Eine halbe Million Flüchtlinge aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien konnten sich so ein Bild vom Goldenen Westen machen, bevor sie die grüne Grenze nach Österreich überschritten. Generell ist die Behauptung, immer mehr Menschen seien auf der Flucht, mit Vorsicht zu genießen. Im 19. Jahrhundert sind 50 Millionen EuropäerInnen aus politischer und wirtschaftlicher Not nach Amerika ausgewandert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte der Menschenrechtsschutz den ungezügelten Nationalstaat in Ketten legen. Das war die Lehre aus der Shoah und zwei Weltkrie-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei ORF.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

## Die Mär von der Flüchtlingspropaganda

Wer sagt, Medien hätten 2015 linke Propaganda betrieben, ist auf rechte reingefallen.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

gen. Unter dem Eindruck der Barbarei rang die Menschenrechtsbewegung der Staatengemeinschaft das Bekenntnis ab, die Herrschaft des Rechts auch gegen nationale Souveränität durchzusetzen. Allen Menschen sollte ein Leben in Würde und Freiheit möglich sein. Der beginnende Wettstreit im Kalten Krieg begünstigte die einzigartige Selbstentmachtung. Doch vom ersten Tag an haben sich nationale PolitikerInnen zur Wehr gesetzt. Im globalen Süden, im Osten und im Westen. Die allgemeine Menschenrechtserklärung verkam zum zahnlosen Tiger, weil dem strahlenden Bekenntnis keine verbindlichen Rechtsinstrumente folgten. Auch die Verträge, die dieses Manko beheben sollten, der Zivil- und der Sozialpakt, erfuhren erbitterten Widerstand. Erfolgreich wehrte die ÖVP eine Verabschiedung in Verfassungsrang ab, um etwa das Streikrecht nicht individuell einklagbar zu machen. Vier wichtigen Verträgen verweigert Österreich noch heute seine Zustimmung. Es ist nur allzu durchsichtig, wenn die Partei der FrauenhausgegnerInnen nun ihre Liebe zum Gewaltschutz entdeckt. Und der tödliche Gewalt gegen Frauen ausgerechnet mit einer Aufweichung des Rechts auf Leben und dem Schutz vor Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung begegnen will. Nichts anderes bedeutet ein Zurückdrängen des Abschiebeschutzes der EMRK. Die Menschenrechte sind zeitgemäß, weil es weiterhin der Begrenzung politischer Begehrlichkeiten durch das Recht bedarf.

Medien haben von der Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 ein durchwegs positives Bild gezeichnet und Probleme nicht thematisiert – das wird deutschen und österreichischen JournalistInnen immer wieder vorgeworfen. Eine Mär, wie eine Studie zeigt.

Unlängst war die FPÖ-Politikerin Petra Steger in der ORF-Sendung „Hohes Haus“ zu Gast. Sie sprach über Visionen für die EU, die im Mai zur Wahl stünden. Auf der einen Seite die Vision jener, die für mehr Zentralismus stehen, so Steger. Auf der anderen Seite die Vision jener, die die Nationalstaaten gestärkt sehen wollen. Das seien auch diejenigen, die verhindern wollen, dass sich 2015 wiederholt. So in etwa drückte sich Steger aus. Und mir und wohl den meisten ZuseherInnen war klar, was Steger mit 2015 meinte. Sie musste das Wort „Flüchtlingskrise“ gar nicht aussprechen.

2015 wurde für viele zu einem Synonym für unkontrollierte Flüchtlingsbewegungen, Massenzuwanderung und für ein Totalversagen politischer Verantwortlicher. – Nicht zuletzt für ein Versagen deutschsprachiger Medien. Diese hätten sich als Propagandainstrument der linken „Willkommensklatsher“ betätigt, so lautet der Vorwurf. Sie hätten die Flüchtlingsbewegungen verklärt, eine heile Welt vorgegaukelt und über Probleme einfach nicht berichtet. An den Vorwürfen ist nicht nichts, aber auch nicht viel dran. Kurz gesagt: mehr Sage als Realität. Das zeigt nun eine Studie der Universität Mainz. Unter-

sucht wurden mehr als 4.000 Beiträge in drei deutschen Tageszeitungen und drei Nachrichtensendungen zwischen Mai 2015 und Jänner 2016. Zwar wurden in der Studie keine österreichischen Medien untersucht, doch ist davon auszugehen, dass sich die Ergebnisse angesichts der Parallelen in der Medienlandschaft auf Österreich umlegen lassen. Was fand man heraus?

JournalistInnen stellten die Fakten überwiegend korrekt dar und Medien berichteten in der Tat einseitig. Über individuelle Schicksale von Flüchtlingen berichteten sie tendenziell positiv. Die Menschen, die ihre Beweggründe für die Flucht schildern konnten, wurden also meist in einem positiven Licht gezeigt. Allerdings stellten die Medien die Auswirkungen der Flüchtlingsbewegungen bzw. von Zuwanderung überwiegend negativ dar. Und die Tatsache, dass Flüchtlinge nach Europa kommen, wurde problematisiert. Zuwanderung wurde in der Regel als eine Gefahr dargestellt. Ein Ergebnis, das nicht überraschend ist. Zahlreiche Studien in Österreich und Deutschland bescheinigten den Medien ihren Fokus auf negative Aspekte von Zuwanderung. Dass in einer Zeit, in der mitten in Europa eine humanitäre Katastrophe sichtbar wurde, JournalistInnen aber auch bemüht waren, die Betroffenen hinter den Statistiken zu Wort kommen zu lassen, ist wirklich eine Selbstverständlichkeit. Wer also sagt, Medien hätten 2015 linke Propaganda betrieben, ist wohl auf rechte Propaganda reingefallen.

# Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

KOLUMNE: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

**D**ie Radikalisierung junger Mädchen; Warum das Kopftuch abgelegt wird; Wie Europa in 50 Jahren mit all den Muslimen aussehen wird; Und warum generell Muslime nicht integrierbar sind – die jüngste Liste publizierter Bücher rund um das Thema Islam und Muslime ist beeindruckend. Ja, beeindruckend, weil es mich sehr wundert, dass Menschen so etwas lesen. Warum Bücher kaufen und lesen, die einem nur Angst einjagen? Da lese ich doch lieber etwas qualitativ besseres, von Stephen King zum Beispiel, statt ein Buch, das mir erzählen möchte, dass Frauen wie ich der Untergang Europas sind. Nahezu jedes Buch von diesem Kaliber wird von Pseudo-Expertinnen und Experten verfasst, kaum eines gibt inhaltlich viel her und auch sonst fallen die Bücher recht oberflächlich und pauschalisierend aus. Eigentlich ist der Islam ein ganz raffiniertes Geschäftsmodell. Es lässt sich in kurzer Zeit viel Geld mit ihm machen. Antimuslimische Schlagzeilen als Goldgrube. Ruhm, Geld und Frauen, die auf einen warten. Obwohl, von letzterem eher weniger. Es sind eher die rechtspopulistischen Politiker, die einen mit offenen Armen empfangen, zu Workshops und Seminaren einladen und dann ekstatisch klatschend im Publikum sitzen, weil endlich mal jemand die Wahrheit über diese Moslems sagt!!!1!!!1!!!

## Ruhm, Geld und... Rechtspopulisten?

Nour, du bist a ganz a Depperte. Wieso schreibst du nicht auch ein Buch? Ich will auch berühmt und reich werden. Ich will auch von der FPÖ als Islamexpertin einge-



Illustration: Petja Dimitrova

laden werden und dann einen Vortrag darüber halten, dass diese Fetzenschädel alle kein Deutsch sprechen, sich nicht integrieren wollen und einfach nicht in das Stadtbild Wiens passen. Ich will dann auch in jedes Talkformat im Fernsehen eingeladen werden und darüber reden, dass der Islam der Untergang Europas ist und die muslimischen Frauen als Gebärmaschinen die westliche Gesellschaft unterwandern werden. Ich will in der Boulevardpresse Schlagzeilen machen, dass unsere Werte hier in Österreich aus einer Schweinsstetzelze und einem Bier bestehen und dass die Muslime den Kindern im Kindergarten vielleicht das Wurstsemmel wegnehmen. Ich möchte, dass Andreas Gabalier und Felix Baumgartner mir zujubeln. Ich will ein Ehrenverdienstzeichen von Schwarzblau bekommen für meinen Einsatz gegen den politischen Islam. Ich möchte in der Menge der besorgten Wutbürger baden. Und ja, Wutbürger, denn wenn ich mich dann in so einem Milieu bewege, dann wird nicht

gegendert. Feminismus und Gleichstellung bzw Gleichberechtigung sind da nicht erwünscht. Frauenrechte sind nur willkommen, wenn es darum geht, das Kopftuch und die Burka, den Niqab und wie sie alle heißen, zu verbieten. Muslimische Frauen befreien, in dem ich sie zu etwas zwingen. So gehört sich das. Das Kopftuch werde ich aber trotzdem weitertragen, rein aus Marketingzwecken natürlich. Damit ich meine Message besser vermarkten kann. Mit Hass, Vorurteilen und Halbwissen die Nummern auf dem Konto hochschnellen lassen. Noch nie war Geld verdienen so leicht.

Tja, und dann bin ich aus meinem Tagtraum aufgewacht. Denn es stimmt, mit Ressentiments kann man sehr schnell und leicht mobilisieren. Mit Humor aber auch. Und da stellt sich mir jetzt die Frage: Geht es nicht anders? Wieso werden keine Bücher publiziert, wo man sich über diese Themen mit Satire und Humor auseinandersetzt? Muss alles immer so wutgeladen und pauschalisierend sein? Muss es nicht. Deswegen an die Buchverlage da draußen – traut euch, den Neuanrücklingen eine Chance zu geben. Ich habe jetzt auch nicht soviel Ahnung vom Verlagswesen, aber lustige Inhalte mit einer Prise Wissen, ganz im Sinne des Infotainments, lassen sich locker gut verkaufen. Insbesondere, wenn es ein Thema ist, das polarisiert. Und was polarisiert mehr, als eine wienerisch-muslimische Suderantin, die Würschtel im Saft und Baklava liebt und obendrein auch noch ein Kopftuch trägt? Liebes Verlagswesen, ich bin eine noch unentdeckte Ölquelle für dich.



# Stolpersteine wegräumen

Sigrid Spenger unterstützt mit ihrer Initiative „Quadam be Quadam – Ankommen in Wien“ geflüchtete Menschen dabei, sich ein neues Leben aufzubauen.

TEXT: EVELYN STEINTHALER

**D**ass sich Sigrid Spenger für Geflüchtete engagiert, hat Gründe in ihrer Kindheit, erzählt sie. Von Niederösterreich zog sie mit ihrer Familie mitten unter dem Schuljahr nach Tirol, wo der 9-Jährigen deutlich gemacht wurde, dass sie nicht dazu gehörte.

Noch in Tirol lernte die heute 52-Jährige Menschen kennen, die von noch weiter herkamen als aus Niederösterreich und die wegen einer sichtbaren Fremdheit wiederum kaum Möglichkeiten hatten in dieser engen Welt wirklich dazu zu gehören. Schon damals erkannte sie, die seit den 1990er Jahren in Wien lebt und Alleinerzieherin eines heute 18 Jahre alten Sohnes ist, dass sie Menschen verbinden möchte. Jene, die hier über Generationen dazu gehörten und jene, die in Österreich fremd waren und die sie in ihrem Alltag begleitet. Amtswege gehören oft zu den größten Stolpersteinen, was also tun, wenn man zum AMS muss oder aufs Sozialamt? Was tun, wenn man Unterstützung bei den Interviews beim Bundesamt für Asyl braucht? Dank „Quadam be Quadam – Ankommen in Wien“ werden Amtswege in Wien für geflüchtete Menschen, die Farsi sprechen, leichter. Das gilt auch für die Ämter selbst, denn der Verein hilft beiden Seiten bei der Kommunikation. Dass dieses Engagement notwendig ist, erkannte Spenger schon 2015, als sie gemeinsam mit Freundinnen und jeder Menge Linsensuppe an der Grenze in Nikelsdorf, in Traiskirchen oder auch in Wien am Bahnhof und im Dusika-Station aktiv mithalf.



Frauenhäusern wird das Geld gekürzt, kritisiert Sigrid Spenger.

Nach der Erstversorgung der Flüchtlinge half Spenger Angekommenen beim Deutschlernen und widmete sich der Unterstützung von Familien, die im Wiener Haus Liebhartstal untergebracht wurden. Im Haus Liebhartstal lernte sie auch ein junges Brüderpaar aus Afghanistan kennen, deren Begleitung sie übernahm. Einer der beiden arbeitet heute mit ihr bei „Quadam be Quadam – Ankommen in Wien“.

Der junge Mann ist aber nicht der Einzige, der sich neben Sigrid Spenger ehrenamtlich bei dem Projekt engagiert, das durch ihre Ausbildung an der „Akademie der Zivilgesellschaft“ wichtige Starthilfe bekam. „Es ist wichtig, dass sich bei unserer Initiative Betroffene mitengagieren. Das partizipative Prinzip war mir von Beginn an ein Anliegen!“, unterstreicht sie.

Mittlerweile begleitet eine kleine Gruppe von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Geflüchtete bei Amtswegen in Wien, zum Beispiel zum Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl oder eben auch zum AMS. Weil Spenger sich so vielfältig en-

gagiert, kommt ihre ehrenamtliche Arbeit zwischenzeitlich zu kurz: „Die Amtsstunden verlaufen nun mal parallel zu meiner Arbeit bei den Wiener Kinderfreunden und auch andere sind voll berufstätig. Daher wäre es wichtig, dass unsere Initiative Menschen gewinnt, die schon im Ruhestand sind und über freie Vormittage und genügend Energie verfügen, um geflüchtete Menschen bei ihren Amtswegen zu unterstützen.“

Über die jüngsten Frauenmorde in Österreich zeigt sich Spenger entsetzt. „Es ist ja nicht so, dass die Frauenorganisationen nach den Kürzungen im Bereich Opferchutz nicht davor gewarnt hätten. Die derzeitige Regierung spielt bei der Entwicklung aber eine problematische Rolle. Nicht nur, weil sie ein reaktionäres Frauen- und Männerbild vertritt, sondern auch, weil die derzeitige Frauenministerin Frauenhäusern das Geld kürzt und Innenminister Kickl Projekte zur Gewaltprävention und Burschenarbeit einstellt. Problematisch ist auch die Verrohung in der Sprache, wir wissen aus unserer jüngsten Geschichte, dass auf Worte Taten folgen! Die Frauenmorde populistisch zu nutzen, um gegen Flüchtlinge und Migranten, insbesondere Muslime, zu hetzen, ist leider der derzeitige Regierungsstil.“ Spenger sagt, es mache ihr Angst, die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Kinder und auch den Umgang damit zu erleben. „Es kann doch nicht sein, dass der Frauenministerin nichts Besseres einfällt, als die Frauennotrufnummer, die es übrigens schon mehr als 20 Jahre gibt, auf drei Stellen zu kürzen, damit die Frauen sie sich besser merken können!“

## POPULÄRKULTUR

## KOMMENTAR

# Denkgebot statt Denkverbot

Im Jänner stellte Innenminister Herbert Kickl in einem ORF-Report-Interview die Menschenrechtskonvention in Frage, als er meinte, dass das Recht der Politik zu folgen habe und nicht die Politik dem Recht. Eine Replik des Menschenrechtsexperten Manfred Nowak, der die Argumente Kickls zum Mord an einem leitenden Asylbeamten in Dornbirn wenig überzeugend findet.

KOMMENTAR: MANFRED NOWAK

**A**ls Innenminister Herbert Kickl jüngst die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in Frage stellte, wurde dies als Tabubruch kritisiert. Worauf den Kritikern vorgeworfen wurde, Denkverbote verhängen zu wollen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Das Menschenrecht auf Gedankenfreiheit ist ein absolutes Menschenrecht und gilt natürlich auch für den Innenminister. Alles kann gedacht werden. Aber bevor gewisse Dinge in der Öffentlichkeit ausgesprochen werden, sollte ein Politiker in einer verantwortlichen Position ein bisschen nachdenken, welche juristischen oder politischen Konsequenzen ein konkreter Vorschlag haben könnte. Dazu ein paar Überlegungen.

1. Konkreter Anlass war die Intention des Innenministers, Asylwerber oder Flüchtlinge, die eine schwere Straftat begangen haben, schneller abschieben zu können. Für einen Politiker, dem die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit anvertraut wurde, ist das ein legitimes Ziel, das durch den kürzlich erfolgten Mord an ei-

nem leitenden Beamten der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn durch einen mehrfach vorbestraften türkischen Asylwerber eine zusätzliche und beklemmende Aktualität erhalten hat. In der Tat sieht das Rückschiebeverbot (in der Juristensprache „Refolement-Verbot“ genannt) gemäß Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention diesbezüglich eine Ausnahme vor. Folglich können Asylwerber und anerkannte Flüchtlinge, die eine besonders schwere Straftat begangen haben und die deshalb eine Gefahr für die Sicherheit des Aufnahmelandes darstellen, abgeschoben werden. Demgegenüber enthält Art. 3 der EMRK ein absolutes Folterverbot. Das bedeutet dass Menschen niemals, auch nicht im Krieg oder bei einem drohenden Terrorüberfall, gefoltert werden dürfen. Mit anderen Worten: Die österreichische Polizei darf Flüchtlinge, auch wenn sie ein schweres Gewaltverbrechen begangen haben, niemals foltern. Aus diesem absoluten Recht hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in ständiger Rechtsprechung abgeleitet, dass dieses Verbot auch gilt, wenn eine

Foto: Daniel Schaler





#### ZUR PERSON

### Manfred Nowak

Manfred Nowak ist Professor of International Human Rights an der Universität Wien, Generalsekretär der European Inter-University Center for Human Rights and Democratization in Venedig und wissenschaftlicher Direktor am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien. Von 2004 bis 2010 war er als UN-Sonderberichterstatter für Folter tätig. Derzeit leitet Nowak die UN-Global Study on Children Deprived of Liberty, also eine weltweite Studie zu Kindern in Haft, die er im Auftrag der UN Generalversammlung schreibt. Das Ergebnis wird im Oktober 2018 in New York präsentiert. Publikationen, u.a.: Menschenrechte – Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit (Edition Konturen, 2015). Human Rights or Global Capitalism: The Limits of Privatization (Pennsylvania University Press, 2017). Torture: An Expert's view of an everyday evil (University of Pennsylvania Press, 2018). Using Human Rights to Counter Terrorism (Köln, mit Anne Charbord, Edward Elgar Publishing House, 2018).

staatliche Behörde diese Menschen an ein anderes Land ausweist oder zurückschiebt, in dem für sie ein beträchtliches Risiko besteht, gefoltert zu werden. Dieses „Refoulement-Verbot“ der EMRK scheint Innenminister Kickl ein Dorn im Auge zu sein.

2. Allerdings zeigt die Praxis der Rechtsprechung des EGMR und, diesem folgend, österreichischer Gerichte, dass es für die Betroffenen ziemlich schwierig ist, sich erfolgreich auf das „Refoulement-Verbot“ der EMRK zu stützen. Sie müssen nämlich nicht nur nachweisen, dass in dem Land, in das sie zurückgeschoben werden sollen (in der Regel: ihr Herkunftsland), Folter systematisch oder zumindest weit verbreitet ist. Sie müssen auch nachweisen, dass sie per-



sönlich ein erhebliches Risiko haben, im Fall einer Rückschiebung gefoltert zu werden. Beispielsweise haben erklärte Regimegegner des syrischen Präsidenten Assad ein erhebliches Risiko, im Falle einer Abschiebung nach Damaskus verhaftet und gefoltert zu werden, während ein solches Risiko für Menschen, die vor dem IS geflohen sind, in der Regel nicht besteht. Auch der türkische Mörder an dem Dornbirner Beamten hätte meines Erachtens kaum Chancen, sich erfolgreich auf Artikel 3 EMRK zu stützen, um seine Ausweisung an die Türkei zu bekämpfen.

3. Eine genauere Analyse der Rechtsprechung zeigt somit, dass Asylwerber oder Flüchtlinge, die in Österreich ein schweres Verbrechen begangen haben, in den meisten Fällen trotz Art. 3 EMRK in ihr Herkunftsland zurückgeschoben werden können. In den wenigen Fällen, in denen diesen Menschen wirklich ernsthaft Folter in ihrem Heimatland droht, sollten sie wie österreichische Straftäter von einem österreichischen Gericht zu einer entsprechenden Haftstrafe verurteilt werden. Nach Verbüßung der Haft müsste dann überprüft werden, ob dieses Folterrisiko weiter besteht. Häufig ändern sich die Umstände in den Herkunftsländern von Flüchtlingen nämlich nach einigen Jahren, und vielleicht können diese Menschen nach ihrer Entlassung ohne Probleme abgeschoben werden.

4. Nun scheinen Innenminister Kickl diese nachweislich wenigen Fälle noch immer zu viel zu sein, und er denkt daher darüber nach, wie man das „Refolement-Verbot“ in Art. 3 EMRK aushebeln könnte. Da er auf die ständige Rechtsprechung des EGMR kaum einen Einfluss ausüben kann, bleiben im Prinzip nur zwei Möglichkeiten: entweder Österreich tritt aus der EMRK aus oder Österreich versucht im Rahmen des Europarates, eine Änderung dieser Bestimmung durchzusetzen. Beide Unterfangen sind bei näherer Betrachtung wenig ergoffversprechend.

5. In der Tat sieht Art. 58 EMRK vor, dass jeder Vertragsstaat die Konvention und ihre Verpflichtungen einseitig kündigen kann. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass die EMRK kein beliebiger völkerrechtlicher Vertrag ist, sondern die Magna Charta der europäischen Grundrechte, die in Reaktion auf zwei Weltkriege und den Holocaust 1950 vom Europarat beschlossen wurde. Damals war der Europarat eine Organisation westeuropäischer Staaten, die sich zu den Grundwerten pluralistischer Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenrechte bekannt haben und damit von den kommunistischen Staaten Osteuropas und den noch verbliebenen faschistischen Staaten (Spanien und Portugal) abgrenzen wollten. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa hat sich der Europarat schnell diesen Transitionsländern geöffnet und sie eingeladen, Mitglied des Europarates zu werden. Allerdings unter der Bedingung, dass sie die EMRK und die Europäische Konvention zur Verhütung der Folter ratifizieren und die Todesstrafe abschaffen bzw. zumindest nicht mehr vollstrecken. Und die Europäische Union (EU), die sich ebenfalls erstaunlich schnell öffnete, beschloss Aufnahme-kriterien, die jenen des Europarates sehr ähnlich sind bzw. über diese noch hinausgehen. Es ist daher kaum denkbar, dass ein Staat, der aus dem Europarat austritt oder ausgeschlossen wird, weiterhin Mitglied der EU bleiben kann. In der Zwischenzeit sind alle europäischen Staaten mit der einzigen Ausnahme von Weißrussland dem Europarat beigetreten, und all diese 47 Mitgliedstaaten haben die EMRK ratifiziert. Auch die 28 Mitgliedstaaten der EU umfassen mittlerweile 11 ehemals kommunistische Staaten aus Mittel- und Osteuropa.

6. Daraus folgt, dass eine einseitige Kündigung der EMRK durch Österreich auch mit dem Austritt aus dem Europarat und der EU verbunden wäre. Sollte Österreich nicht freiwillig austreten, könnten die üb-

rigen Mitgliedstaaten des Europarates einen Ausschluss erzwingen. Das ist in der 70-jährigen Geschichte des Europarates bisher nur in einem einzigen Fall geschehen, nämlich zur Zeit der griechischen Militärdiktatur, die einen drohenden Ausschluss wegen schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen durch einen Austritt im Jahr 1970 knapp vorweggenommen hatte. Nach dem Sturz der Militärdiktatur ist Griechenland 1974 wieder dem Europarat beigetreten. Falls Österreich also wirklich die EMRK kündigen wollte, würde unser Land zu einem Außenseiter in Europa wie Weißrussland werden. Es scheint mir sehr wohl fraglich, ob Innenminister Kickl dies wirklich in Kauf nehmen würde, nur um ein paar straffällige Flüchtlinge, denen eine beträchtliche Gefahr der Folter im Heimatland droht, abschieben zu können.

7. Folglich bleibt als Alternative nur der Versuch Österreichs, den Art. 3 EMRK aufzuheben oder dahingehend abzuändern, dass aus dem absoluten Folterverbot durch die Rechtsprechung des EGMR kein „Refolement-Verbot“ abgeleitet werden dürfte. Abgesehen davon, dass Änderungen der EMRK äußerst schwierig und langwierig sind, steht diesem Unterfangen allerdings die Tatsache entgegen, dass das absolute Folter- und Refoulement-Verbot Teil des völkerrechtlichen „ius cogens“ ist, also auch durch einen völkerrechtlichen Vertrag nicht änderbar ist. Darüber hinaus ist das „Refolement-Verbot“ im Fall drohender Folter in Art. 3 der UNO-Konvention gegen die Folter nochmals ausdrücklich verankert worden, an die Österreich ebenfalls völkerrechtlich gebunden ist.

8. Hätte Innenminister Kickl also das Denkebot beachtet und die juristischen Konsequenzen seines Vorstoßes bedacht, bevor er seine Gedanken öffentlich kundgetan hatte, so wäre ihm viel Kritik erspart geblieben. Da ich jedoch annehme, dass ihm die Top-Juristen im Innenministerium ohnedies die Aussichtslosigkeit einer Änderung oder

einer Kündigung der EMRK klargemacht haben, bleibt der Verdacht, dass es sich bei diesem Vorstoß weniger um einen konkreten Vorschlag als einfach darum ging, die Autorität der EMRK und der Menschenrechte generell zu untergraben. Darauf deutet auch die Bemerkung hin, dass das Recht der Politik und nicht die Politik dem Recht zu folgen hätte. Beide Aussagen berühren Kernfragen des Rechtsstaates und der Menschenrechte, auf denen die europäische Nachkriegsordnung beruht. Deshalb sollte man mit solchen Überlegungen besonders vorsichtig sein. Die Menschenrechte, und für Europa insbesondere die EMRK mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wurden in Reaktion auf den Holocaust geschaffen, um sicherzustellen, dass ähnliche Verbrechen in der Zukunft nicht mehr geschehen können.

9. Abschließend möchte ich noch betonen, dass die gesamte Debatte um die EMRK meines Erachtens in die falsche Richtung zielt. Wenn in Österreich ein schweres Verbrechen verübt wird, dann ist das eine Frage des Strafrechts und der Strafjustiz und nicht eine Frage des Fremden- oder Asylrechts, auch wenn die Täter Fremde, Flüchtlinge oder Asylwerber sind. Die Ausweisung oder Abschiebung ist keine adäquate Sanktion für Verbrechen. Vielmehr müssen die Verantwortlichen wie inländische Straftäter vor ein österreichisches Gericht gestellt werden, das sie ihrer gerechten Strafe zuführen soll. Für einen kaltblütigen Mord wie jenen in Dornbirn werden in Österreich in der Regel langjährige Haftstrafen verhängt. Erst nach der Verbüßung dieser Gefängnisstrafe stellt sich die Frage einer etwaigen Abschiebung, und es ist heute müßig, darüber nachzudenken, ob der Mörder von Dornbirn dann an die Türkei ausgewiesen werden kann, weil sich die politischen Verhältnisse natürlich entsprechend ändern können.

10. Würde der Innenminister jedoch ernsthaft darüber nachdenken, einen Mörder

ohne ein vorheriges strafgerichtliches Verfahren in Österreich einfach abschieben zu wollen, dann wäre das fahrlässig. Denn niemand weiß, ob dieser Mensch in der Türkei überhaupt festgenommen wird und eventuell vor ein türkisches Gericht gestellt wird. Für Straftaten sind nämlich nach dem Territorialitätsprinzip primär die Gerichte des Staates zuständig, in denen ein Verbrechen verübt wurde, und nur subsidiär die Gerichte jenes Staates, dessen Staatsangehörigkeit ein Straftäter hat. Es wäre auch den Opfern eines Verbrechens (in konkreten Fall: der Familie des ermordeten Beamten) gegenüber schwer erklärlich, warum der Mörder von einem türkischen und nicht von einem österreichischen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Auch die Prozessökonomie spricht für die polizeiliche Untersuchung und gerichtliche Behandlung der Tat in Österreich, weil sich alle Beweismittel wie Fingerabdrücke, die Mordwaffe, etwaige Zeugen etc. in Österreich befinden. Falls der Mörder von Dornbirn also einfach in die Türkei abgeschoben werden sollte, dann besteht schließlich auch eine viel größere Gefahr, dass er wieder heimlich nach Österreich einreisen und eventuell sogar noch weitere Straftaten begehen würde. Wenn er jedoch von einem österreichischen Gericht zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wird, dann ginge von ihm für längere Zeit keine Gefahr mehr aus. Auch diesbezüglich besteht natürlich kein Denkverbot, aber es wäre ratsam, die juristischen Konsequenzen von Vorschlägen zu bedenken, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht.

11. Somit bleibt als letztes Argument hinsichtlich des Mordes an dem Beamten in Dornbirn, dass dieser Mord hätte verhindert werden können, wenn es die EMRK und das internationale Asylrecht nicht gäbe. Das Innenministerium argumentiert laut Medienberichten, dass der Täter nicht festgenommen hätte werden können, weil er um Asyl angesucht habe, eine aufrechte Meldeadresse in Vorarlberg hatte und als

Angehöriger der kurdischen Volksgruppe nicht in die Türkei hätte abgeschoben werden dürfen. Keines dieser Argumente überzeugt. Wenn gegen jemanden wegen schwerer Straftaten ein Aufenthaltsverbot erlassen wurde, dann darf er natürlich festgenommen werden, um ihn an der illegalen Einreise zu hindern. Dass er an der Grenze offensichtlich nicht kontrolliert wurde, liegt nicht am Asylsystem oder der EMRK, sondern am Wegfall der Binnengrenzen in der EU. Sobald er einen Asylantrag stellte, hätte die Behörde feststellen müssen, dass über ihn vor zehn Jahren ein Aufenthaltsverbot verhängt worden war. Es ist sehr selten, dass Personen, gegen die ein Aufenthaltsverbot verhängt wurde, später wieder illegal einreisen und einen Asylantrag stellen. In so einem Fall müsste über das Asylsuchen in einem Schnellverfahren entschieden werden. Somit hätte er sehr wohl zur Vorbereitung der Abschiebung festgenommen werden dürfen. Dass er wegen Artikel 3 EMRK nicht an die Türkei hätte abgeschoben werden können, ist ebenfalls wenig überzeugend, wenn er offensichtlich in den letzten Jahren in der Türkei gelebt hat. Sollte er wirklich als Asylgrund angegeben haben, dass er in der Türkei um sein Leben fürchte, weil er als Kurde türkische Soldaten umgebracht habe, dann ist es mehr als fraglich, ob er überhaupt die Voraussetzungen des Flüchtlingsbegriffs der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt. Hier wurden offensichtlich irreführende Behauptungen aufgestellt, nur um diesen schrecklichen Fall als Begründung dafür ausschlichten zu können, dass das internationale und europäische Asylrecht und die EMRK an der kaltblütigen Ermordung des Beamten in Dornbirn „schuld“ seien. Mit dieser Argumentation soll offensichtlich von einem Fehlverhalten der dem Innenministerium unterstellten Behörden abgelenkt werden. Hier geht es nicht mehr bloß um ein Denkgebot, sondern um fehlende politische Redlichkeit und den Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren.

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechtsthemen  
im MO-Magazin von SOS  
Mitmensch 86 Euro im  
Jahr wert. Ihnen auch?“**

***Cornelius Obonya***



#### ABO-BESTELLUNG

**MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

#### ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

#### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**



# SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

## HETZE

### Antimuslimischer Rassismus in der Politik

SOS Mitmensch hat erstmals einen Bericht über antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Spitzenpolitik veröffentlicht. Für das Jahr 2018 wurden zwanzig antimuslimisch-rassistische Kampagnen dokumentiert.

Dazu zählen etwa die Kampagne der Wiener FPÖ für den Ausschluss von MuslimInnen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau oder die rassistische Kampagne zur Inde-

xierung der Familienbeihilfe, die von Vizekanzler Heinz-Christian Strache mitgetragen wurde.

Unser Bericht zeigt, dass Hetze gegen MuslimInnen kein politisches Randphänomen mehr ist, sondern das Zentrum der österreichischen Politik erreicht hat. Hasskampagnen haben ein Ausmaß und eine Dichte erreicht, die vor einigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wären.



PK mit Peter Melichar, Ruth Wodak, Anton Pelinka

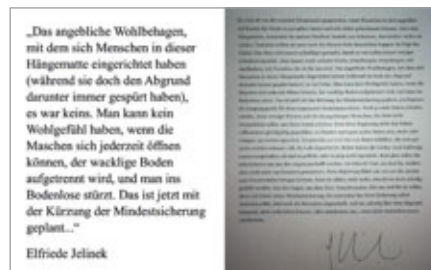
Den Bericht finden Sie auf unserer Webseite: [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

## MINDESTSICHERUNG

### Elfriede Jelinek gegen den „Sturz ins Bodenlose“

„Diese Regierung führt vor, wie wir die Armen zum Verschwinden bringen können, denn sie zählen nicht mehr, obwohl sie doch ständig gezählt werden“, schreibt Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek. In ihrem schonungslosen Text, den sie SOS Mitmensch geschickt hat, bringt Jelinek zum Ausdruck, was sie von der Kürzung der Mindestsicherung hält.

Jelinek schreibt: „Aus den Augen, aus dem Sinn. Verschwunden. Für uns und für sie selbst, denn mit dieser neuen Mindestsicherung, die zumindest das Wort Sicherung sofort streichen sollte, sind auch die Menschen abgeschafft, weil sie, ständig über dem Ab-



Jelinek: Gegen die Kürzung der Mindestsicherung.

grund hängend, nicht mehr leben können.“ Scharfe Kritik übt die Literaturnobelpreisträgerin auch am Bild von der „sozialen Hängematte“: „Das angebliche Wohlbe-

gen, mit dem sich Menschen in dieser Hängematte eingerichtet haben (während sie doch den Abgrund darunter immer gespürt haben), es war keins. Man kann kein Wohlgefühl haben, wenn die Maschen sich jederzeit öffnen können, der wacklige Boden aufgetrennt wird, und man ins Bodenlose stürzt. Das ist jetzt mit der Kürzung der Mindestsicherung geplant, punktgenau als Ausgangspunkt für diese sogenannte Sozialstaatsreform.“

Mit ihrem Text unterstützt Jelinek die Initiative von SOS Mitmensch gegen die Kürzung der Mindestsicherung. Ihren gesamten Text finden Sie auf unserer Webseite.

### Preis für Zivilcourage am 26. März

SOS Mitmensch verleiht am Dienstag, den 26. März um 19.00 Uhr im Wappensaal des Wiener Rathauses den Ute Bock Preis für Zivilcourage. Der Preis geht dieses Jahr an Frauen und Initiativen, die sich mit großem persönlichen Einsatz gegen Machtmissbrauch, Gewalt, Sexismus und Diskriminierung engagieren. Mehr Infos auf [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

### Save the date! Benefizkunstauktion am 18. Juni

Am Dienstag, den 18. Juni findet die 19. Kuratierte Benefizkunstauktion von SOS Mitmensch statt. Im wunderschönen Ambiente der Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27, 1010 Wien, werden rund 90 Werke bedeutender zeitgenössischer KünstlerInnen ausgestellt und versteigert. Weitere Infos ab Mai auf [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at) und [www.dorotheum.at](http://www.dorotheum.at)

### Jugendbuchfestival feiert Nöstlinger

Das 16. Internationale Kinder- und Jugendbuchfestival St. Pölten feiert die Literatur von Christine Nöstlinger mit einer Matinee am 31. März um 11 Uhr. Da Nöstlinger eine starke Unterstützerin von SOS Mitmensch war, ist die Veranstaltung der Menschenrechtsarbeit des Vereins gewidmet. Das Festival findet von 30. März bis 5. April statt. [www.kijubu.at](http://www.kijubu.at)



Matinee für Christine Nöstlinger.

## ANDERE ÜBER ...

### KOMMENTAR

# Die Willkommensklatscher-Sager

Von FPÖ-Politikern aber auch in einem profil-Interview werden Freiwillige, die im September 2015 Tausende Schutzsuchende am Wiener Hauptbahnhof betreut haben, als „Willkommensklatscher“ bezeichnet. Warum?

KOMMENTAR: MANUELA ERTL / TRAIN OF HOPE

Andau, Berchtesgarden Land 1956; Wien 1968; Wien 1980; St. Margareten, Hof, Berlin 1989; Burgenland 1991; Nickelsdorf, Wien, Spielfeld, München 2015. All diese Orte und Zahlen haben eines gemeinsam. Überall gab und gibt es die sogenannten „Willkommensklatscher“, die Flüchtlingen helfen. Menschen, die auf Menschen in Not zugehen, um zu helfen. Menschen, die nicht wegschauen sondern das Gegenteil tun und bewusst hinsehen. Die Bezeichnung ist heute abwertend gemeint und wird bewusst auch so verwendet – ohne darüber nachzudenken, dass wir alle von „Willkommensklatschern“ bzw. der ausgedrückten Grundeinstellung in unserer Gesellschaft jeden Tag abhängig sind.

Es ist die „Willkommensklatscherin“ mit ihrer Grundeinstellung, Menschen in Not bedingungslos zu helfen, die freiwillig bei der Feuerwehr hilft. Es ist der „Willkommensklatscher“ mit seiner Grundeinstellung, Menschen in Not bedingungslos zu helfen, der freiwillig bei der Rettung tätig ist. Es sind die „WillkommensklatscherInnen“, die sich täglich in Frauenhäusern, Schulen, Kindergärten, Altenheimen, Obdachlosen-einrichtungen, Sozialmärkten, Hospizen, Tierheimen und an so vielen anderen Orten mehr engagieren, die unser Zusammenleben tagtäglich formen, fördern, verbessern – ja sogar erst ermöglichen.

Dies abzuwerten ist nicht nur kurzfristig, sondern vielmehr menschenverachtend

und gefährlich für unsere Gesellschaft. Wer heute meint „Willkommensklatscher“ sind schuld oder verantwortlich für Fehlverhalten einzelner, sollte darüber nachdenken, wann er oder sie zuletzt die Hilfe von Personen mit der Grundeinstellung, Menschen in Not bedingungslos zu helfen, benötigt hat? Wer würde ihnen helfen beim nächsten Unfall, der nächsten Katastrophe etc., wenn nicht Menschen, die bewusst hinsehen und Menschen in Not helfen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft usw.

Wer Menschenrechte grundlegend in Frage stellt und „Willkommensklatscher“ diffamiert, offenbart die eigene Unfähigkeit über den sprichwörtlichen Tellerrand hinauszublicken oder seinen opportunistischen Charakter, welcher unsere Gesellschaft spaltet und uns alle gefährdet.

Das Urteil ob Politiker, die bewusst Stimmung gegen diese sogenannten „Willkommensklatscher“ und deren Einsatz schlecht reden, nun Opportunisten oder Ignoranten sind, steht uns nicht zu – jedoch die Feststellung, dass die derzeitige Politik der Diffamierung von „Willkommensklatschern“ abzulehnen ist und an unseren gesellschaftlichen Grundfesten rüttelt – weit über das kleine Thema Flüchtlingshilfe hinaus.

Denn, wie schon Gustav Heinemann sagte, erkennt man den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt.

### ZUR ORGANISATION

## Train of Hope

Train of Hope entstand im Herbst 2015 am Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung als Initiative von freiwilligen HelferInnen am Wiener Hauptbahnhof. Basierend auf den Erfahrungen der Anfangszeit konzentriert sich der Verein nun auf die Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen in Österreich sowie auf akute Hilfe vor Ort in vielen Ländern Europas.

# Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

**Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen.** Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existentielle Überleben.



**Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich.** Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

**Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.** Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

**Straßenkolportage nervt aber auch manchmal.** Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

**Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst.** Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

**Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten.** Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: [office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at)

Danke.



JETZT SPENDEN!

PSK: IBAN AT87 6000 0000 9100 0590, BIC OPSKATWW



# Kunst auktion 2019

Dienstag 18. Juni 2019, 19 Uhr  
Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien  
[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

Kunstauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH

